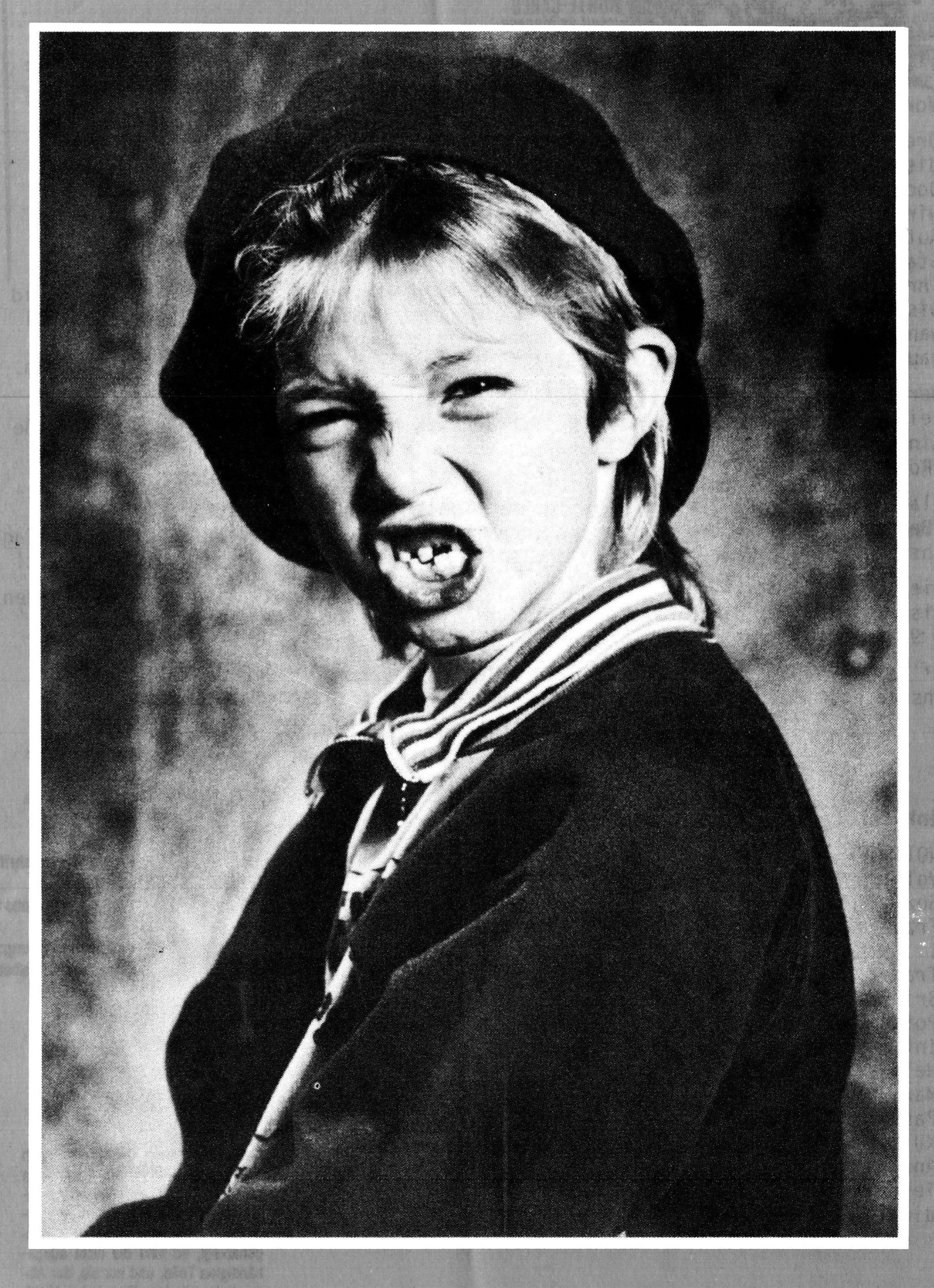
INTERIM

auswärts 3 DM

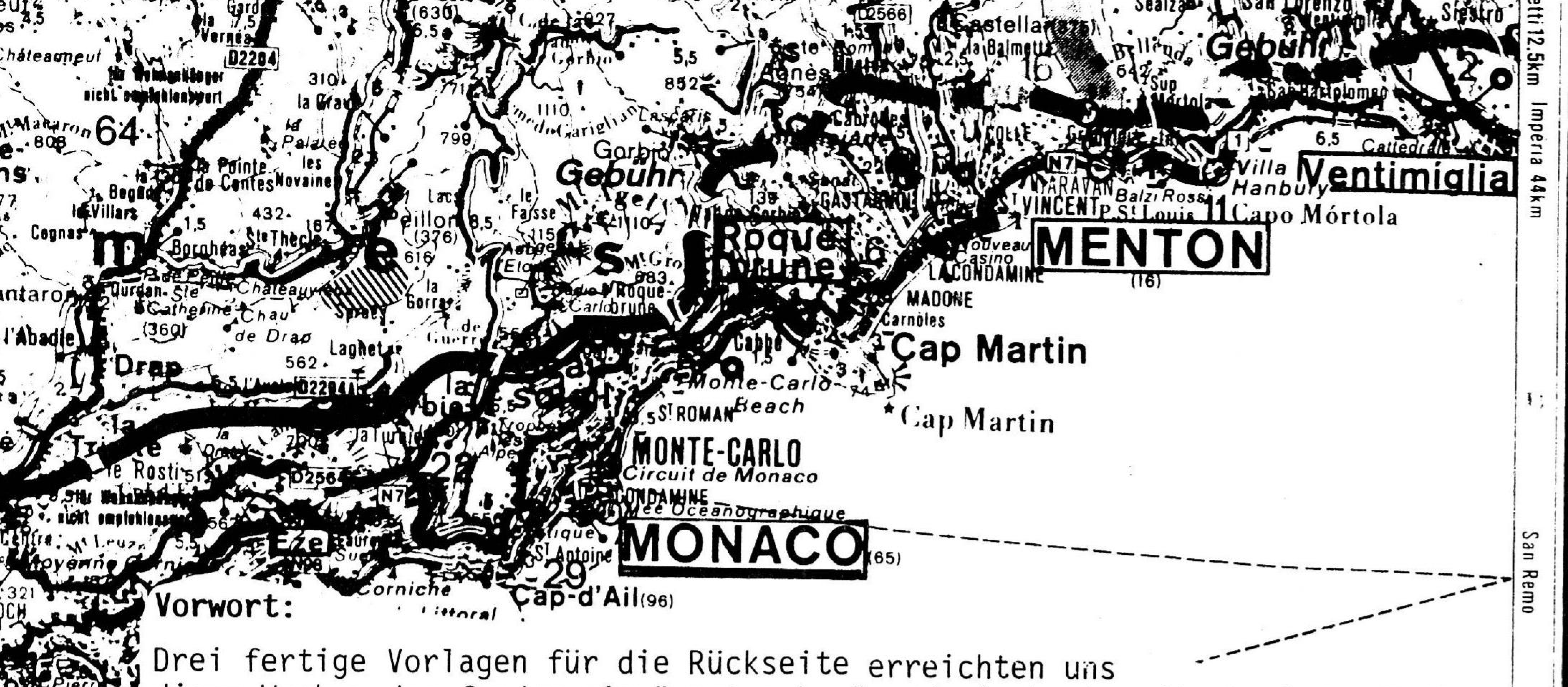
Wöchentliches Berlin-Info

2⁵⁰ DM



Nr. 253

16. September 1993



Vorwort:

Drei fertige Vorlagen für die Rückseite erreichten uns diese Woche; das fanden wir "urst schau" und wir hatten die Qual der Wahl. Doch sonst war der Briefkasten nicht so gefüllt und über einige Texte haben wir uns richtig geärgert, weil sie herrliche Beispiele für autonomen Autismus (Selbstbezogenheit) sind. Ist es so schwer zu schreiben, um welche Stadt es sich handelt, wann das Ganze passiert ist oder passieren soll, wer ihr seid und was ihr den LeserInnen mitteilen wollt (die ja eben nicht Bescheid wissen und denen man/frau vielleicht ein, zwei Dinge erklären sollte)? Diesmal wanderten sie konsequent in den Ordner. Und zum hundersten Mal: Schickt uns saubere und deutlich lesbare Kopien - mit grau in grau können wir nix anfangen.

Der Buschfunk meldet: die "offizellen" Einheitsfeiern am 3. Oktober sind leider nicht in Potsdam, sondern in Saarbrücken. In Potsdam ist aber eine große Einheitsfeier zum 3.Oktober als Abschluß von Potstausend. Ob da aber so viele "Römer" hinkommen ?

Klaus Viehmann ist frei! Nach 15 Jahren Knast, wegen Mitgliedschaft in der "Bewegung 2. Juni" und einiger Umverteilaktionen, die er bis auf den letzten Tag absitzen mußte, wurde er diese Tage entlassen. Ganz liebe Grüße und viel Kraft!

Die **Barmer Ersatzkasse** bittet uns noch mitzuteilen, daß sie sich nun nach langen Diskussionen für die 3. Möglichkeit entschieden haben. Treffpunkte sind nun H 9 und G 15. Die Großmutter schläft sicher in 2; die Enkel sind bei 3, 4, 5, 9, 12 und 13 untergekommen.

Unsere neue Postleitzahl lautet: **10961 Berlin.**

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.


V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Ordner:

Fight Olympia
t.k. (rara)
"Ein kurzes und einfaches ...
(Textvorlage ist grau in grau)
Volxsport in Solingen (Rest)
zur Singer-Debatte
Gruppe 18.Oktober
Plakatekleben in Wilhelmshaven
Irgendwas aus Dortmund
Infogruppe zu Kerstin (siehe Nr. 251)



Dieser wunderschöne NOlympiaplan von Berlin stammt aus der neuen Bewerbungsschrift der Berliner Bevölkerung, die allen IOC - Mitgliedern zugeschickt wurde.
Sie ist auch im einschlägigen Buchhandel käuflich zu erwerben.

Wir können dieses Wahnsinnsprojekt kippen.
Kommt deshalb zur großen, lautstarken Anti-Olympiademonstration am

18.9.93 um 13 Uhr am Roten Rathaus.

Die mobile Nolympia-Arbeitslosenberatungsstelle (NOAB) informiert:

Sehr verehrte Mitarbeiter und MitarbeiterInnen der Olympia Gmbh
Haben Sie Bitte keine Angst vor uns Olympia-GegnerInnen. Es ist heute nicht so, wie die doofe Presse immer schreibt, das wir Ihnen an den Kragen wollen. So ein Quatsch aber auch. Uns treibt wirklich nicht immer nur der Haß und der Sozialneid in dieser Welt herum. Nein, wir kommen heute hier zu Ihrer Arbeitsstätte, weil wir uns Sorgen um Sie machen: Heute geht es uns hier ganz speziell darum, Ihnen unsere ehrlich gemeinte Fürsorge zuteil werden zu lassen. Bald nun sind die Tage der sinnlosen Verausgabung Ihrer Ware Arbeitskraft in der Olympa Gmbh vorbei. Und wir sagen Ihnen auch nix falsches, wenn wir Sie jetzt darauf hinweisen, daß Ihre ganze Arbeit in den letzten beiden Jahren nicht nur in höchstem Maße umweltschädlich sondern auch immer völlig nutzlos war. Genauso ist es und wir von der NOAB sind nicht die einzigen in der Stadt, die das schon lange entsetzlich finden. Wie deprimierend die ganze Situation für Sie sein muß, führt uns das klägliche Leben Ihres immer etwas zwiellichtigen Chefes Axel Nawrocki vor Augen, den ja viele mitlerweile in der Stadt für einen ganz ausgekochten Billigganoven halten: Er versucht ja beständig die ganze von ihm tagtäglich angerichtete Scheiße mit dem noch nutzloseren fahren eines dicken Daimler-Benzes zu kompensieren. "Mein Gott" können wir da nur sagen, findet Sie es nicht auch schlimm, wieviele Menschenkinder in dieser Gesellschaft zu ganz kaputten Schweinen gemacht werden ? Na, wir hoffen, das es bei Ihnen soweit noch nicht gekommen ist. Und das ist ja für uns auch ein Grund, heute hier zu hier zu Ihnen für eine ganz persönliche Nolympia-Arbeitslosenberatung herzukommen.
Haben Sie sich eigentlich schon mal überlegt, wie es mit Ihnen nach dem 23 September weitergehen soll ? Denn spätestens dann sind Ihre Tage hier in der Olympia-GmBh gezählt: Kalt lächelnd werden Sie dann von dem ähnlich korrupten Sauhaufen des Internationalen Olympischen Komitees engültig den Fußtritt in die Arbeitslosigkeit verpasst bekommen.
Und glauben Sie uns bitte: Es ist nicht mehr nur ein Reim mit Haferschleim, wenn wir Ihnen jetzt sagen müssen:
"Heutzutage Arbeitslos zu werden ist wirklich nicht so schwer,
aber wieder Arbeit zu finden, mitlerweile umso mehr."
Wir wissen: Hinter Ihren einfachen Arbeiterexistenzen stehen nicht die Millionen der Millionäre. Nein, hinter Ihnen steht das schaudernd gruselig-gierig schauende Millionenheer der Arbeitslosen. Und wenn Sie jetzt nicht ganz vorsichtig sind, dann werden Sie genau dahin von dem IOC und dem Senat laut und höhnisch lachend hineingefegt. Sie ahnen es selber: Dieser ganze von uns beschriebene deprimierende Zusammenhang hängt mit dem ganzen Kapitalismus zusammen. Genauso ist es. Aber selbst wenn Sie das begriffen haben, so wißen sie zugleich auch: "Davon kann ich mir nach dem 23. September nicht einmal ein Stück Brot oder etwas Leitungswasser kaufen."
Nur wenige Tage noch, dann ist es soweit: Dann droht Ihnen ein verflucht klägliches Schicksal als ehemalige und dann arbeitslose Mitarbeiter der Berliner Olympia GmbH. Trotz alledem: Auch wenn Ihre weiteren Chanchen auf dem Arbeitsmarkt durch die bekanntermaßen gegen die Bevölkerung gerichteten und völlig dequalifizierenden Tätigkeiten bei der Olympia-GmbH stark gesunken sind, so raten wir Ihnen: Laßen Sie nicht die Hoffnung sinken ! Informieren Sie sich bei uns über Möglichkeiten zur Umschulung, Weiterqualifizierung, über die aktive Teilnahme an Nolympia-Demonstrationen oder über Möglichkeiten zur Frühverrentung.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr Kutz Brütke

6 Tips für arbeitslose Mitabeiter der Olympia-GmbH
1. Seien Sie nicht verzweifelt: Ihre zukünftigen Arbeitsmarktchancen sind zwar sehr schwierig aber nicht völlig aussichtslos.
2. Je schneller sie sich arbeitslos melden, umso eher können Sie Ansprüche und Leistungen des Arbeitsamtes in Anspruch nehmen.
3. Um unbegründeten Spekulationen entgegen zu treten: Eine Resozialisierungsmaßnahme, wie sie von unserer Seite für Herrn Nawrocki nach dem 23. September vorgesehen ist, kommt für Sie nicht in Betracht. Allerdings kann eine möglichst frühzeitige und umfassende Distanzierung von ihrem etwas zwiellichtigen Chef - unter bestimmten Vorraussetzungen - für eine spätere ABM-Stelle wohlwollend berücksichtigt werden
4. Wenn sie ihre Fähigkeit und Bereitschaft zu ständiger Flexibilität und Innovation unter Beweis stellen möchten, so raten wir ihnen dringend, sich zu einer Teilnahme an der Nolympia-Demonstation am 18.9.93 zu entschließen. Sie kann - unter bestimmten Vorraussetzungen - für Sie bei einer späteren Anwartschaft auf eine kleine Revolutionsrente sehr von Vorteil sein.
5. Melden sie sich bei der mobilen Nolympia-Arbeitslosenberatungstelle, wenn sie nicht mehr weiter wissen. Wir stehen Ihnen mit einem umfänglichen Beratungs- und Betreungsangebot ständig zur Seite.
6. Lassen Sie den Kopf nicht hängen: Jeder baut in seinem Leben mal eine große Scheiße. Nur mit Ihnen gemeinsam können wir nach schönen neuen Arbeitsplätzen greifen. Ihre NOAB

V.i.S.d.P.: K.Schulz, Badstr. 10, Berlin

DER SPIEGEL 37/1993

GEWALTIGE STIMMUNG

Die Berliner Olympiagegner wollen bis zum Wahlgang in Monte Carlo mit allen Mitteln gegen die Spiele in der deutschen Hauptstadt kämpfen. Autonome planen Attacken auf IOC-Mitglieder in Monaco, militante Gruppen bereiten neue Brandanschläge gegen Sponsoren in Berlin vor.

Wenn sich die 91 Mitglieder des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) nach Monte Carlo aufmachen, um dort am 23. September den Austragungsort der Olympischen Spiele 2000 zu bestimmen, haben sie noch ein letztes Mal Post aus Berlin erhalten. Aufmachung und Ausstattung der Broschüre erinnern an die vielen Hochglanz-Schriften, in denen sich die deutsche Hauptstadt als idealer Partner preist. Nur der Titel verheißt nichts Gutes: „Berlin 2000 NOlympic City".

Das Heft dokumentiert den radikalen Protest gegen die Spiele in Berlin. Eine herausklappbare Stadtkarte illustriert die Chronik aller Anschläge und Protestaktionen. Die Signets ähneln Olympiapiktogrammen, die in offiziellen Plänen die Stadien der einzelnen Sportarten markieren. Doch hier stehen sie für Demos, Brandsätze, eingeschlagene Schaufensterscheiben oder angezündete Autos. Dann heißt es drohend: „Auch die Anti-Olympia-Stimmung im Jahre 2000 wird gewaltig sein."

Die Berliner Botschaft ist Teil einer Dreifachstrategie. Die Berliner Anti-Olympia-Koordination um Bündnis 90/Grüne und Jusos versucht mit Symposien und Demonstrationen die Bevölkerung zu überzeugen, daß Olympia „nicht leistbar ist".

Gleichzeitig verschärft das Anti-Olympia-Komitee (AOK) aus der Autonomen Szene seine Drohgebärde gegenüber den IOC-Mitgliedern. Schließlich wollen gewaltbereite Gruppen, die „militanten Olympiagegner", mit neuen Brandsätzen „ein Bild der Stadt im Widerstand" zeichnen.

Der Senat, glaubt der Berliner Sportphilosoph Gunter Gebauer, habe mit seiner Ignoranz gegenüber den Argumenten der friedlichen Spielegegner die Gewalt mitprovoziert (siehe Seite 206). Ähnlich wie in den achtziger Jahren die Auseinandersetzung der radikalen Jugend mit dem Berliner Senat in den Kämpfen um besetzte Häuser eskalierte, ist nun Olympia das Reizthema.

Die deutsche Einheit, sagt ein AOK-Aktivist, „haben wir schlicht verpennt". Auch die Stadtplanungen am Potsdamer Platz und beim Regierungsumzug kümmern kaum, „da sind wir isoliert, da verpuffen unsere Anschläge". Aber im Kampf gegen die Spiele sehen Sprecher der Militanten – sie sind maskiert, nennen sich „Angelika" und „Rüdiger" und sind erst nach einer Schnitzeljagd durch die Stadt zum Gespräch bereit – schon ein „einzigartiges Beispiel für das erfolgreiche Zusammenwirken von öffentlichen Aktionen und Militanz".

Auch in Zukunft, kündigt Angelika an, werde in erster Linie „die Clique der Sponsoren" angegriffen, die Aktionen würden „in der Bandbreite der bisherigen Anschläge" liegen. Gewalt gegen Personen wird weiter ausgeschlossen – mit Ausnahme der gegen IOC-Mitglieder. Schon im April sei man „ganz nah an den Herren dran" gewesen. Nur der Zufall habe verhindert, daß es „keine Backpfeifen oder mehr gesetzt hat".

Olympiagegner in Berlin: „Einzigartiges Zusammenwirken von öffentlichen Aktionen und Militanz"

Auch in Monte Carlo sollen sich die Olympier nicht sicher fühlen. AOK-Aktivisten, die im Juni bei der Einweihung des Olympischen Museums IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch mit einem Farbbeutel nur knapp verfehlten, planen ihren Einsatz im Fürstentum.

Weil in Lausanne die meisten der 28 Angereisten von der Polizei frühzeitig festgenommen worden waren, wollen sich die NOlympier diesmal tarnen. Einige Sympathisanten, sagt ein Sprecher, hätten sich „mit feinen Anzügen versorgt", um sich als Trojanische Pferde unter die Delegation der Berliner Olympiafreunde mischen zu können.

Die Sonderkommission Olympia des Berliner Staatsschutzes hat zwar 217 vermeintliche Gegner per Computer registriert. Doch bei 60 Anschlägen, behauptet Rüdiger, sei „von uns direkt noch niemand" festgenommen worden.

Der Wunsch der Berliner Polizei nach besonderen Vorsichtsmaßnahmen ist bei den französischen Kollegen auf wenig Gegenliebe gestoßen: Es würden „normale Vorkehrungen" genügen. Verzagt bittet Peter Hanisch, der Sicherheitsbeauftragte der Olympia 2000 GmbH: „Halten Sie uns die Daumen."

„Schon ein Ei", hat der Schweizer Olympier Marc Hodler gewarnt, könne für Berlin das Aus bedeuten. Rüdiger, der im IOC „lauter Angsthasen" ausgemacht hat, „die vor unseren Anschlägen richtig Schiß haben", glaubt deshalb an einen schnellen Erfolg: „Wenn die erst so sehr eingeschüchtert sind, daß sie wie zuletzt Samaranch nur noch über die Stadt hinwegfliegen, haben wir unser Ziel erreicht."

Do 16.9. 18.30 Uhr NOlympia-Abschlußveranstaltung
in der TU im Hörsaal 104.

Sa 18.9. 13 Uhr Demo am Rotes Rathaus "Olympia ... und tschüß"
Demoroute: Spandauerstr. - Mühlenstr.- Breitestr.- Marx-Engels-Platz- Karl-Liebknechtstr.- Spandauerstr.- An der Spandauerbrücke- Hackescher Markt- Rosenthalerstr.- Gormannstr.- Chorinerstr.- Zionkirchstr.- Kastanienallee- Oderbergerstr.- Schwedterstr.- Abschluß Senefelder Platz
15 Uhr Straßenfest in der Adalbertstr.

Do 23.9. 19.30 Uhr Showdown an der Oberbaumbrücke:
"Weg mit den Ringen – weder Innenstadt- noch olympische Ringe!"
Fernsehübertragung der Entscheidung in Monaco. Hoch die Tassen – Hau weg den Scheiß.

BVG zum Nulltarif - denn ...
Olympia ? Höhere Fahrpreise ? - Ohne Uns !!

Tausend gelbe Olympia-U-Bahnen düsen durch die Stadt, und während die Normal-BerlinerInnen am Bahnsteig stehen bleiben müssen, werden die IOC-Bonzen mit dem Olympia-Express vom Luxus-Hotel zum Gala-Bankett zum Empfang bei Diepgen chaurriert ... Damit es gar nicht erst soweit kommt, und weil es nicht nur uns schon lange reicht, haben wir in der Nacht vom 5.9. zum 6.9. in den U-Bahnhöfen

Alt-Mariendorf
Bernauer Str.
Boddinstr.
Eisenacher Str.
Hausvogteiplatz
Jannowitzbrücke
Leinestr.
Moritzplatz
Oranienburger Tor
Prinzenstr.
Rosenthaler Platz
Rüdesheimer Platz
Thielplatz
Yorckstr.

und den S-Bahnhöfen
Großgörschenstr.
Nordbahnhof

die Fahrkarten-Automaten und Entwerter funktionsuntüchtig gemacht. Tja, und dann hat es auch noch einen Bonzen 600er Mercedes Benz mit Olympia-Aufkleber erwischt - mit ausgeschäumten Auspuff fährt es sich schlecht.

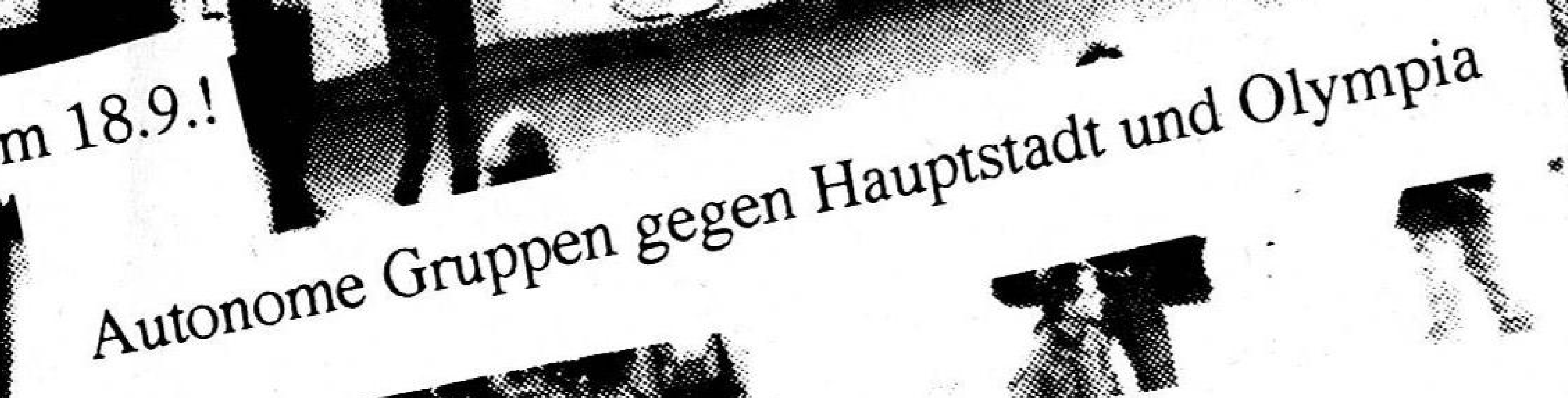
Wir sind uns sicher, daß wir nicht die einzigen sind, die die Olympia-Werbung der BVG, die Pläne für weitere Fahrpreiserhöhungen, Bonzen-Träume von 1.Klasse-Waggons, die Abschaffung der Seniorenkarte, das faschistische und rassistische sog. "Wachschutz"personal nicht länger hinnehmen wollen ... und sowieso viel lieber umsonst fahren. Olympia - der Zug ist abgefahren.

Graue Panther, Juniorenfraktion

VOLXSPORT VOLXSPORT VOLXSPORT

99% gegen Olympia

Die Telekom ist der Olympiasponsor, der wohl am konsequentesten von militanten OlympiagegnerInnen angegriffen worden ist. Wir erinnern z.B. an die gelungene Aktion am 8.7. gegen die Sendeanlage der Telekom in Lichtenberg und an die inzwischen zahlreichen ausgebrannten Fahrzeuge. In der Nacht zum 13.9. haben wir in der Ritterstr. in Kreuzberg 11 Autos dieses Unternehmens in Kontakt mit dem Nolympischen Feuer gebracht, um damit kurz vor der Entscheidung am 23.9. in Monaco noch ein deutliches Zeichen zu setzen. Militanter Widerstand reicht nicht aus, um solche Großprojekte zu verhindern. Aber die Sponsoren, das IOC und andere Profiteure des Milliardenspektakels sollen sehen, was ihnen blüht, wenn sie weiter an ihren Plänen festhalten.



Hinter Olympia steht das Kapital-
Bekämpfen wir es international !
Für eine starke und kämpferische Demo am 18.9.!



Autonome Gruppen gegen Hauptstadt und Olympia

ACHTUNG! ACHTUNG! ACHTUNG!

wir suchen dringend zeugen!
demo marzahn, 21.08.93.
nach abschlußkundgebung, beim imbiss,
gegenuber von der gaststatte 'zum anger',
vor dem parkplatz.

verhaftung von vier antifas:
1 mann alleine und eine gruppe, bestehend
aus 2 mannern und einer frau

bitte meldet euch beim:
ermittlungsausschuß.
gneisenaustraße 2
10961 berlin
tel. 692 22 22

Bekenntnis zum Anschlag auf Telekom-Wagen

Berlin. dpa/eb

Militante Olympia-Gegner haben sich zum Anschlag auf elf Telekom-Fahrzeuge bekannt. Sie hätten die Wagen des Olympia-Sponsors am Montag früh in Kreuzberg in Brand gesetzt, um „kurz vor der Entscheidung am 23. 9. in Monaco noch ein deutliches Zeichen zu setzten", heißt es im Schreiben, das gestern im Berliner Büro der Deutschen Presse-Agentur einging. Der Staatsschutz hält das Papier für authentisch. Durch den Anschlag war ein Schaden von 60 000 Mark entstanden.

In dem mit „Autonome Gruppen gegen Hauptstadt und Olymia" unterzeichneten Papier heißt es weiter: „Militanter Widerstand reicht nicht aus, um solche Großprojekte zu verhindern. Aber die Sponsoren, das IOC und andere Profiteure des Milliardenspektakels sollen sehen, was ihnen blüht, wenn sie weiter an ihren Plänen festhalten". Zudem rufen die Täter zu einer „starken und kämpferischen" Demonstration gegen Olympia in Berlin am kommenden ~~Sonnabend~~ auf.

Bereits seit über einem Jahr haben Olympia-Gegner wiederholt Anschläge auf Sponsoren verübt. So im Januar zerstachen unbekannte Täter die Reifen von 46 Telekom-Fahrzeugen. Im April wurden Bradanschläge auf zwei Berliner Kaufhäuser verübt – der Schaden lag in Millionenhöhe. Im Juli beschädigten Unbekannte eine Telekom-Sendeanlage in Lichtenberg.

VOLXSPORT IN SOLINGEN

in der nacht zum 18.8. haben wir in solingen, schöntal 11, mit einer brennenden barrikade die straße gesperrt. durch die gleichzeitig abgespielte musik aus dem türkischen kommunistischen widerstand sind hoffentlich möglichst viele im viertel dort auf unseren symbolischen protest aufmerksam geworden.



wolfgang grams ist tot.
er starb am 27.6.93 bei einem einsatz der gsg9 in bad kleinen (mecklenburg-vorpommern). die gsg9 ist eine terroreinheit, die aus ca. 180 hochmotivierten killern besteht. das dürfte eigentlich keine neue erkenntnis sein. schon 1977, und das wird bei der momentanen diskussion über diese "heldentruppe" meistens übersehen, hat die gsg9 am 18.10. in mogadischu (somalia) gezeigt, was sie kann: von vier genoss(inn)en überlebte nur eine (souhaila sayeh), was nicht vorgesehen war. die anderen drei wurden erschossen.
eine von ihnen ist nadia shehadah:





hier in solingen, schöntal 11, im dachgeschoß über der elterlichen wohnung, hat lange zeit einer gewohnt, von dem wir wissen, daß er bei der gsg9 ist. sein name lautet **arndt noklies.**
die gsg9 soll aus möglichst vollständiger anonymität heraus operieren. es wäre eine der aufgaben der revolutionären linken in der brd, diese grenzschutzeinheit typ für typ zu enttarnen. **es muß jetzt die sache aller werden, diesen killern die maske vom gesicht runterzureißen!**

saime genc, hülya genc, gülistan öztürk, hatice genc und gürsün ince sind tot.
sie wurden hier in solingen, untere wernerstr. 81, bei einem faschistischen brandanschlag ermordet. **dem organisierten/unorganisierten faschismus wirkungsvoll entgegentreten! und darüber hinausgehend: den impliziten rassismus, der die mehrheit der brd-gesellschaft zusammenhält, zum zentralen angriffspunkt machen!**

sofortige aufhebung der totalisolation von birgit hogefeld!

die verlegung von christian klar, brigitte mohnhaupt, manuela happe und rolf heißler in kleingruppen ihrer wahl durchsetzen!

sofortige einstellung des kronzeugenprozesses gegen ingrid jakobsmeier!

freilassung der in der brd inhaftierten palästinensischen, irischen und kurdischen genoss(inn)en mit der möglichkeit der ausreise in länder ihrer wahl! (...)

den Rest findet ihr im Ordner

UNS REICHT´S !
Gemeinsam gegen Sozialabbau !!

Frühjahr 1993: Lange Schlangen auf den Arbeitsämtern, der Meldeappell wird eingeführt. Alle Arbeitslosen werden zwecks Kontrolle und Schikane bis zu einmal im Monat vorgeladen, wer zu spät oder gar nicht kommt -ohne einen **ihrer** Meinung nach wichtigen Grund- kriegt zwei Wochen kein Geld. Parallel dazu läuft eine aufwendige Kampagne gegen den sogenannten Leistungsmißbrauch. Unter der Parole "Illegal ist unsozial" werden die Leute schikaniert und eingeschüchtert, die ihre magere Arbeitslosenknete mit Schwarzjobs aufbessern (müssen). Das Ziel ist klar: die Erwerbslosen sollen als "Sozialschmarotzer" dargestellt werden, um einschneidende Kürzungen im Sozialsystem vornehmen zu können.

Sommer 93: Die Bundesregierung stellt ein "Sparpaket" vor. Gespart werden soll, wie immer, wenn sich die Herrschenden sicher fühlen, bei den Erwerbslosen und ArbeiterInnen. Im Einzelnen sind geplant:

--noch mehr Kontrolle und "Leistungsmißbrauchbekämpfung"

--Kürzungen um 3% bei Arbeitslosenhilfe/ KurzarbeiterInnengeld/Eingliederungsgeld und -hilfe

--Das Arbeitslosengeld wird stufenweise gekürzt: Es beträgt im 1. Vierteljahr wie bisher 68% (mit Kind) bzw. 63% (ohne Kind), im zweiten Vierteljahr nur noch 67% bzw. 62%, im 3.Vierteljahr nur noch 66% bzw. 61%, im 4. Vierteljahr 65% bzw. 60% und in der Restlaufzeit 64% bzw. 59% des letzten Nettoarbeitslohnes.

--Das Unterhaltsgeld für Umschulungen und Fortbildungen wird an die Leistungssätze des Arbeitslosengeldes angepaßt d.h. um bis zu 9% gekürzt, zudem werden viele Anträge ganz abgelehnt.

--Wegfall des Schlechtwettergeldes in einem halben Jahr.

--Beschränkung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre, und nur noch, wenn vorher Arbeitslosengeld bezogen wurde

--Keine Erhöhung der Sozialhilfe bei einer offiziellen Preissteigerungsrate von 4-5%.

AsylbewerberInnen bekommen schon seit April 93 nur noch 80% des Regelsatzes, davon bloß 50- 80 DM als Taschengeld, den Rest in Form von Gutscheinen oder z.T. verdorbenen und minderwertigen Sachgütern, wobei sich Firmen mit Lebensmittelpaketen noch eine goldene Nase verdienen. Grundsätzlich können JedeR SozialhilfeempfängerIn die Leistungen auf diese Art ausgezahlt werden.

Und gleichzeitig, weil das Ganze ja "sozial ausgewogen" (Waigel) sein soll, genehmigen sich die Herrschenden ein Geldgeschenk in Milliardenhöhe: der Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer wird um 5 % gesenkt.

Als **eine** Konsequenz des "Sparpaketes" werden mehrere 100 000 Arbeitslose in die Sozialhilfe abgedrängt. Bevor wir jedoch dort Geld bekommen, werden Verwandte mit Einkommen zum Unterhalt herangezogen, eigenes "Vermögen" (auch Sachwerte über) über 2000 Mark wird angerechnet. Kriegen wir dann doch Kohle, werden wir -seit April 93 verstärkt- zu "Gemeinnütziger Arbeit", sprich ZWANGSARBEIT zu 3 Mark Stundenlohn verpflichtet.

Diese Maßnahmen, verbunden mit massiven Preissteigerungen, Steuererhöhungen, "Gesundheitsreform" etc. haben letztendlich zum Ziel, uns zu mehr Arbeit zu immer schlechteren und unsichereren Bedingungen und für immer weniger Geld zu zwingen.
Die sozialen Kürzungen haben nicht nur konkrete Einsparungen zum Ziel, sondern sollen mehr Leute zwingen, miesbezahlte Drecksjobs zu machen. Vor dem Hintergrund wird auch Druck auf diejenigen ausgeübt, die noch garantierte Jobs haben: Nullrunden, Aushebelung des Tarifsystems über "Öffnungsklauseln", Karenztage, Arbeitszeitverlängerung etc. drücken teilweise erkämpfte und tariflich abgesicherte Standards auf das Niveau der 50er Jahre zurück. Die Gewerkschaften und sozialen Verbände lassen sich dazu degradieren, krasse soziale Einschnitte abzudämpfen, sodaß ein Widerstand dagegen nur von den unmittelbar Betroffenen ausgehen kann.

So kämpfen die noch verbliebenen ArbeiterInnen und ihre Angehörigen/ FreundInnen in Bischofferode seit Monaten u.a. mit einer Werksbesetzung, Demonstrationen, Straßenblockaden und Hungerstreiks gegen die Schließung der Kaligruben. Da die IG Bergbau und Energie sich gegen die Kumpels stellte, mußten sie von Anfang an eigenständige, von der Gewerkschaft unabhängige Kampfformen finden
Durch ihre Entschlossenheit sind die BischofferoderInnen zum Bezugspunkt für die ganze Region geworden, wo bereits unzählige Betriebe abgewickelt worden sind. Trotz aller Versuche der Unternehmer, Politiker und ihrer Medien, zu entsolidarisieren und die Kämpfenden zu demoralisieren haben sie sich nicht einschüchtern lassen. In vielen Städten und Regionen der BRD, aber auch in anderen Ländern, gibt es Solidaritätsaktionen. Betriebsbelegschaften, die auch von Entlassungen oder Stillegung bedroht sind, überlegen sich ähnliche Aktionen wie die der BischofferoderInnen.

In den letzten beiden Jahren haben sich immer wieder AsylbewerberInnen gegen die pauschale Kürzung ihrer Sozialhilfe bzw. die Umstellung auf Sachleistungen gewehrt. So wurde zu Beginn des Jahres auch in verschiedenen Flüchtlingslagern in Brandenburg kollektiv die Annahme der Lebensmittelpakete verweigert und die Barauszahlung der ungekürzten Sozialhilfe gefordert. In Köln traten AsylbewerberInnen in den Hungerstreik, um die Barauszahlung der Sozialhilfe und die Verbesserung der Lagerbedingungen zu erwirken. Der Widerstand konnte oft nur durch gewaltsame Verlegungen der Flüchtlinge und massive Polizeieinsätze gebrochen werden. So beendeten im November `92 200 Bullen mit einer Razzia und der Festnahme von 34 AsylbewerberInnen den Boykott von Essenspaketen in einem Flüchtlingslager in Augsburg.

Auch wir müssen endlich anfangen, uns gegen die sozialen Kürzungen zu wehren, gegen den Angriff auf unsere Einkommen und den verschärften Arbeitszwang. Durch die geplanten und bereits durchgesetzten Änderungen sind viele unserer Lebensbereiche betroffen z.B. § 218, Artikel 16 zum Asylgesetz, Mieterhöhungen, Gesundheitsreform usw. Hierbei können wir nicht auf Gewerkschaften, Parteien oder Politiker vertrauen, wir müssen die Sache selbst in die Hand nehmen!!!

Wir sind eine unabhängige Gruppe von Arbeitslosen, JobberInnen, Sozialhilfe-empfängerInnen....und versuchen, gegen die Kürzungen und Verschärfungen auf dem Arbeitsamt und anderswo Widerstand zu leisten.

Als ersten Schritt rufen wir auf zu einer....

Kundgebung vor dem Arbeitsamt Kreuzberg/Charlottenstr.

AM MITTWOCH, 29. SEPTEMBER, 11 UHR

Gegen Sozialabbau, Lohnsenkung und Zwangsarbeit !!!!!

Kommt alle!!! Zeigen wir , daß wir uns nicht alles gefallen lassen !

Unsere Initiative trifft sich jeden Mittwoch um 20 Uhr im Infoladen "Papiertiger", Cuvrystr. 25 in Kreuzberg. Wer mitmachen will, ist herzlich eingeladen.





Was tun....

....wenn Du Deinen Meldetermin wahrnehmen willst? Auf dem Arbeitsamt als Nummer behandelt und im Zweiminutentakt abgefertigt zu werden, daß macht keinen Spaß und `nen Job kriegste auch meist nicht. Also nutzen wir die Gelegenheit zu einem Gespräch über den Unsinn dieser Zwangsmaßnahme. So tragen wir dazu bei, daß der Ablauf nicht ganz so reibungslos ist, wie sie das gern hätten. Häufig verweisen die SachbearbeiterInnen auf das Blümsche Gesetz, daß es ihre Pflicht sei, uns regelmäßig vorzuladen. Jedoch liegt es im ermessen der SachbearbeiterInnen, ob unsere Gründe bei Nichterscheinen ausreichend sind oder ob sie Sperrzeiten gegen uns verhängen.
Zu spät, Du kannst den Meldetermin nicht pünktlich wahrnehmen - Kein Problem! Der Zweck der Vorladung ist auch erfüllt, wenn mensch im Laufe des Tages vorspricht (§ 5 der Meldeordnung). Achtet auf die Öffnungszeiten!
Du kannst/willst Deinen Termin gar nicht einhalten- so wird in der Regel eine zweiwöchige Sperre gegen Dich verhängt. Es sei denn, Du hast triftige Gründe für Dein Fernbleiben. Das können sein: Hochzeit, Beerdigung, Gerichtstermin oder Teilnahme an Berufs- oder allgemeinbildenden sozialpolitischen oder staatsbürgerlichen Veranstaltungen.
Bei Krankheit solltest Du, falls Du erst am nächsten Tag zum Arzt/zur Ärztin gehst, die Krankschreibung um einen Tag zurückdatieren lassen.
Wichtig ist, daß wir deR SachbearbeiterIn gegenüber selbstbewußt auftreten, unsere Gründe plausibel machen. Sollte es Ärger geben, so bleibt uns noch der Weg einer Dienstaufsichtsbeschwerde und/ oder der schriftliche Widerspruch. Bei folgenden Adressen gibt es Rechtsberatung:
Berliner Arbeitslosenzentrum, Emdener Str. 5, Moabit, Tel. 395 36 38
Arbeitslosenzentrum Prenzlauer Berg, Paul-Robeson-Str. 10, Tel. 448 35 14
ALZ Mitte, Eichendorffstr.16, Tel 282 68 94 / ALZ Marzahn Merohwer Allee 28/30, Tel 931 14 22
Beratung Arbeitsloser Leute und Lebensberatung (BALL), Hohenschönhausen: Wustrower Str. 18, 2.Stock, Tel. 922 40 45, App. 19
Marzahn: Jugendclub Feuerwache, Murtzaner Ring 71, Tel. 542 2045
Kollektive Hand e.V., Sanderstr. 8, Neukölln, Tel 691 60 63

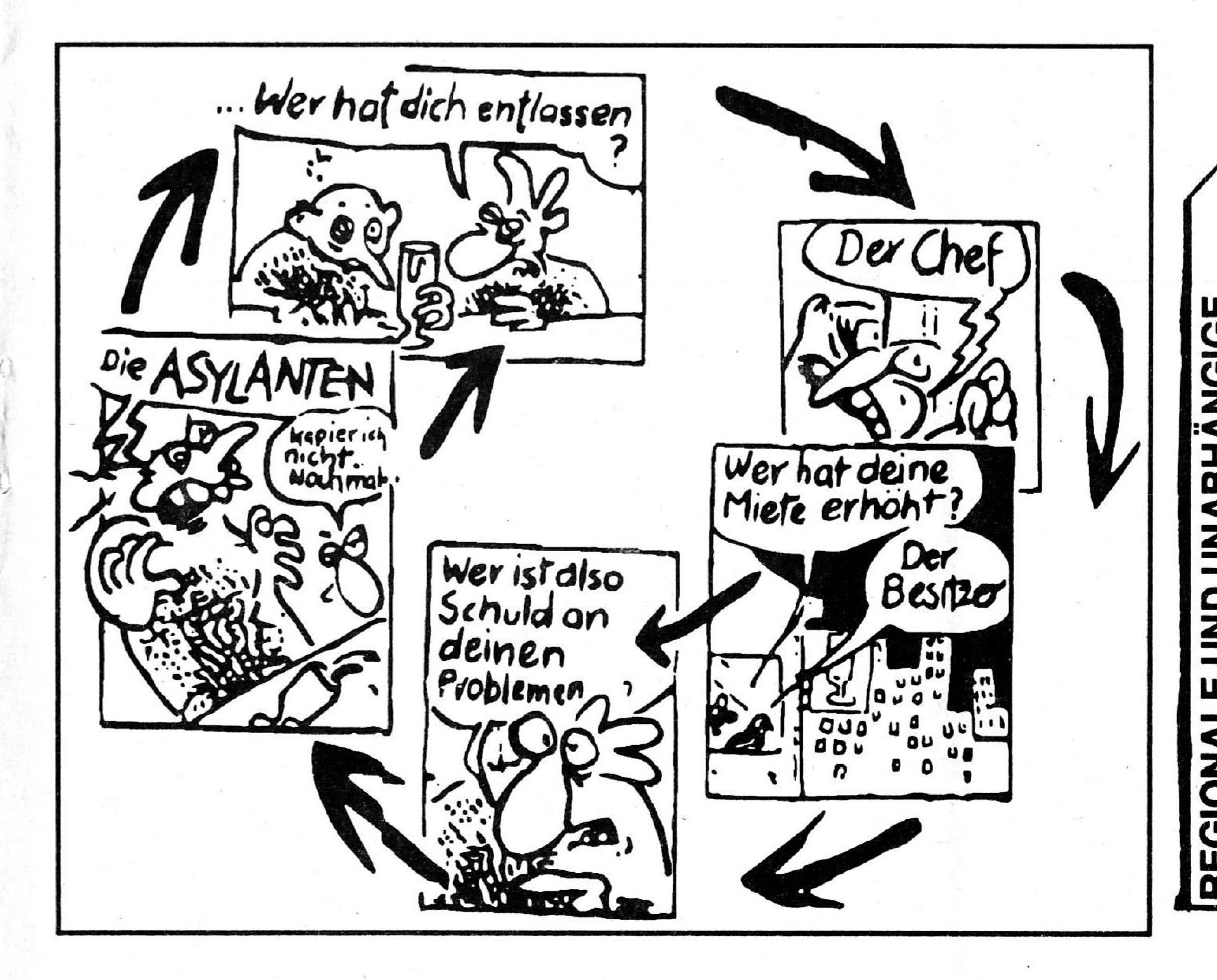
Öffnungs- und Beratungzeiten bitte telefonisch erfragen!

BAG-Treffen im Oktober

In Ibbenbüren bei Osnabrück findet aller Voraussicht nach vom 22. bis 24. Oktober das nächste Treffen der Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (BAG) statt.

Für die nur zweitägige Veranstaltung (Freitag ist Anreisetag) sind nach Auskunft aus der SprecherInnengruppe drei Tagesordnungspunkte geplant: der Solidarpakt II, Aktionen der Initiativen am Weltspartag und das darauffolgende BAG-Treffen.

Die offizielle Einladung nach Ibbenbüren sowie die Protokolle des letzten Treffen folgen in der Oktober-Ausgabe der „quer".
Die Rufnummer der Ibbenbürener Veranstalter: 05451 - 74221.



Demo und Aktionstag "Offene Grenzen für Alle" in Frankfurt/Oder

Bemerkungen zur Nachbereitung

Wir haben uns gefreut, daß so viele Leute zu der Demo gekommen sind. Zwischen 800 und 1000 Menschen aus Berlin, Frankfurt/Oder, Brandenburg und (leider wenige) aus Polen haben am 4.September für Offene Grenzen und gegen Rassismus demonstriert und damit gezeigt, daß sie die faktische Abschottung Deutschland und Europas gegen Flüchtlinge nicht akzeptieren. Insgesamt gesehen ist das ein Erfolg und ein wichtiger erster Schritt, der Schweine-politik vor unserer Haustür etwas entgegenzusetzen.

Es gab aber auch einige Schwierigkeiten in der Vorbereitung und im Verlauf des Tages, die wir hier kurz ansprechen wollen. Ursprünglich hatten wir eine andere Demoroute geplant und angemeldet, die den Engpaß Bahnhofstunnel aus naheliegenden Gründen vermieden hätte. Es gab jedoch selbst per Gericht keine Möglichkeit, die Bullen zur Rücknahme ihrer Auflagen zu bewegen, die sie wegen Verkehrschaos, Grenzstau etc. gemacht hatten. Für uns war am wichtigsten, sowohl in dem eher rechten Neubauviertel Neu- Beresinchen, als auch in der Innenstadt und direkt am Grenzübergang zu demonstrieren und dies ist uns auch gelungen. Die Stimmung auf der Demo war gut, trotz des massiven Aufgebots an Bullen und BGS und trotz des Ausfalls der Lautsprecheranlage. Diese Havarie ist aber um so ärgerlicher, als dadurch die vielen PassantInnen unsere Inhalte aus den Redebeiträgen nicht mitbekommen haben.

Die Pannen setzten sich auch auf dem Straßenfest fort. Hier rächte es sich, daß die Vorbereitungsgruppe nah an der Überforderung arbeitete und sehr viel von Berlin aus organisiert werden mußte. Einige Leute, die wir nicht so gut kannten, stellten sich dabei leider als unzuverlässig heraus. Jedenfalls funktionierte der Generator für das Straßenfest nicht und wir hatten keinen Strom. Damit fielen Kaffeekochen, Essenanwärmen, und eben auch die PA flach. Da es nicht gelang, diesen Zustand zu beheben, mußten wir das Straßenfest vorzeitig abbrechen, was sehr schade war, weil schon am Anfang einige interessierte Leute aus der Stadt gekommen waren und sich später sicher noch mehr zu uns getraut hätten.

Das Aufgebot an Bullen aus mehreren Bundesländern, mehreren SEK und BGS (Insgesamt mehr als DemoteilnehmerInnen) hat uns trotz der "üblichen" Pressehetze im Vorfeld doch ein wenig überrascht. Auch viele FrankfurterInnen waren abgenervt und entsetzt über diesen Repressionsapparat. Nach der Abschlußkundgebung wurden drei Leute, des Farbbeutelwerfens verdächtig, festgenommen und nach Feststellung der Personalien wieder freigelassen.

In Presseerklärungen nach der Demo wurde von den Bullen verbreitet, sie hätten 100 Faschos davon abgehalten, uns anzugreifen. Dies scheint uns eher eine nachträgliche Rechtfertigung des massiven Aufmarsches zu sein. Nach unseren Recherchen gab es nur einzelne Grüppchen, aber keine solche Ansammlung von Nazis in dieser Zeit.
Vermutlich spielte eine Rolle, daß die Bullen ihre eigene hochgekochte Schreckens-Propaganda ernstgenommen haben und dem Mythos Kreuzberg aufgesessen sind.

Der eigentliche Grund aber ist, daß das Thema Grenze und Abschottung, die alltägliche Jagd auf die Flüchtlinge für die Herrschenden ein äußerst sensibler Bereich sind. Es ist politisch sicher wichtig, hier weiterzuarbeiten und diese Schweinereien nicht hinzunehmen.

In der Presse wurde das Thema auch nur sehr oberflächlich aufgegriffen. Anscheinend ist es für viele JournalistInnen seit Juli abgegessen. Dieses Schweigen zu durchbrechen, war aber mit ein Anliegen der Demo. Als Vorbereitungsgruppe hatten wir uns zwar für einen aktiven Umgang mit der Presse entschlossen, aber leider waren wir an diesem Punkt nicht konsequent und die Arbeit blieb an einer Person hängen. Vielleicht hätte eine kleine Pressemappe mit Hintergrundmaterial und den Redebeiträgen inhaltlich mehr gebracht. Nur, fraglich bleibt dies doch: die meisten Journalistinnen haben auf

die große Randale gewartet und waren als diese ausblieb, ratlos, was sie denn nun schreiben sollten.

Die FrankfurterInnen, die die Demo vorbereitet hatten, fanden den Tag insgesamt gut, ca 150 bis 200 vor allem junge Leute aus der Stadt waren trotz der Pressehetze gegen die "Autonomen aus Kreuzberg" und wildester Gerüchteküche mobilisiert. Das bedeutet für sie eine gute Ausgangsposition für die weitere politische Arbeit.

Wir überlegen, wie wir mit ihnen und zum Thema Grenze weiterarbeiten und lassen von uns hören. Heute ist nicht alle Tage...

Einige aus der Berliner Vorbereitungsgruppe.

Antrag auf Erteilung einer vorläufigen Einreisegenehmigung und befristeter Aufenthaltsgenehmigung für die Republik Polen

am Grenzkontrollpunkt vollständig ausgefüllt und mit den erforderlichen Unterlagen unaufgefordert abzugeben

Angaben zur Person

Name
Vorname
Geburtsdatum
Straße
Wohnort
Nationalität
Ausweisnummer

Grund ihres Einreisebegehrens

Bitte ankreuzen; nur eine Antwort möglich

O Tourismus
Nachweis der Hotelbuchung

O Durchreise
Nachweis des Visas des Ziellandes

O Wirtschaftliche Gründe

Beabsichtigte Dauer Ihres Aufenthalts in der Republik Polen

Bitte ankreuzen

O unter 24 Stunden

O über 24 Stunden

Legitimation Ihres Aufenthaltsbegehrens

Bitte ankreuzen, wenn sie sich über 24 Stunden in der Republik Polen aufhalten

Haben Sie eine Einladung eines/einer polnischen Staatsbürgers/-bürgerin?
Original oder amtlich beglaubigte Kopie
O Ja O Nein

Haben Sie eine Unbedenklichkeitserklärung der polnischen Botschaft in der BRD?
Formblatt VII c 163
O Ja O Nein

Finanzierung ihres Aufenthaltes

Bitte ankreuzen

Können Sie nachweisen, daß Sie pro Tag ihres beabsichtigten Aufenthaltes über mindestens 150.- DM oder den Gegenwert in einer frei konvertierbaren Währung verfügen?
Schecks und Kreditkarten werden nicht anerkannt
O Ja O Nein

Haben Sie eine Kostenübernahmeerklärung der Sie einladenden Person?
Formblatt XII 763b
O Ja O Nein

Beabsichtigen Sie, in der Republik Polen Sozialhilfe zu beantragen?
O Ja O Nein

Wollen Sie dies an verschiedenen Orten gleichzeitig tun?
O Ja O Nein

Haben Sie Verwandte 1. oder 2. Grades, die Sie in die Republik Polen nachreisen lassen wollen?
O Ja O Nein

Wenn ja, wieviele? ____________

Wieviele davon haben das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet: ____________

Wollen Sie für diese Personen ebenfalls Sozialhife beantragen?
O Ja O Nein

Reiseweg

Bitte ankreuzen

Sind Sie auf dem Weg an die polnische Grenze durch andere Staaten gereist?
O Ja O Nein

Wenn ja, durch welche: ____________

Hiermit erkläre ich an Eides statt, daß ich sämtliche Angaben nach bestem Wissen und Gewissen getätigt habe. Mir ist bekannt, daß nachweisliche Falschangaben meine sofortige Ausweisung aus der Republik Polen zur Folge haben. Für diesen Fall hinterlasse ich eine Sicherheitssumme von 500.- DM, über die bei gegebenem Anlaß und begründetem Anliegen auch anderswertig verfügt werden kann. Ich erkläre meinen freiwilligen Verzicht auf das Einlegen von Rechtsmitteln.

Ort, Datum ____________

Unterschrift ____________

Das Amt für Ausländerangelegenheiten der Republik Polen | Formblatt VI f23 (deutsch)

HALBZEIT, Nachschlag zum 1.Mai !

Dieser Text den wir hier zur Diskussion stellen wollen, ist aus dem Kreis des autonomen 1. Mai Vor,-bzw. Nachbereitungsplenums heraus entstanden. Wider Erwarten haben wir, nachdem wir uns erst zwei Wochen vorm Termin zusammengesetzt hatten, nach dem 1. Mai gründlicher versucht das Desaster dieses Tages zu überdenken und unsere Rolle darin zu verstehen. Einen Teil dieser Diskussionen haben wir in den nachfolgenden Zeilen zusammengefasst.

So, wie die Demo gelaufen ist, hätte sie nicht laufen dürfen. Wir haben uns Sachzwängen und vermeintlich politischer Moral unterworfen. Das hat sich im nachhinein als Fehler herausgestellt. Uns hat nicht nur die Zeit, sondern auch der Mut gefehlt was eigenes zu machen, anstatt uns auf fragwürdige Kompromisse einzulassen. Der Zeitfaktor wurde bei der Entscheidung immer wieder ins Feld geführt, aber das war es sicher nicht alleine.

Kein Sachzwang kann so groß sein ,daß er das ganze jetzt zerschlagene Prozellan rechtfertigen könnte, nachdem wir doch wieder hinter Stalinbildern hergelatscht sind und in Schlägereien verwickelt wurden, wenn die gemeinsame politische Aussage der Demo unter Null war und sie sogar abgebrochen werden mußte.

Wir haben sowas ja schon im Vorfeld befürchtet und über verschiedene Alternativen nachgedacht. Aus heutiger Sicht würden wir sagen, daß wir entschlossener hätten versuchen müssen diese Alternativen auch zu realisieren. In der Diskussion war eine "eigene" Demo mit stärkerem Kiezbezug. (wir standen nicht hiner den Anmelderlnnen , der Demoroute ,der Demospitze, der "Haltung" zur sog. RIM ...) Stärker nach Lichtenberg zu mobilisieren wäre im nachhinein auch schlauer gewesen. Grob gesagt, gab es zwei Extreme: Leute, die dem "Konkurrenzkampf" mit den ML Spektrum aus dem Weg gehen und dabei gleichzeitig unser eigenes politische Profil in der Öffentlichkeit zeigen wollten, indem wir auch was eigens machen. Und die, welche aus der Situation , so wie sie nun mal war, das beste machen wollten aus der Verantwortunung, die wir aus der Geschichte des 1. Mai der letzten Jahre eben hätten, und auch aus dem Gefühl heraus, nicht Terrain aufgeben zu dürfen.

Der Ablauf der Demo hat dann alle Befürchtungen bestättigt. Es wurde mehr preisgegeben, als hätte passieren können, sogar wenn wir nur mit einer kleinen mursigen Demo durch den Kiez gezogen wären.

Hinter der Veranwortlichkeit als Begründung für unsere Teilnahme steckt die Bestrebung, an den Verhältnissen, so wie sie sind, festzuhalten, aus Angst, daß noch mehr verloren gehen könnte. Anstatt den Sprung zu wagen, um was neues zu gewinnen, halten wir an was fest, was eigentlich schon seit einigen Jahren immer mehr an Aussagekraft verliert. Jedes mal dachten wir, wenn wir uns nur genug anstrengen, dann wird es diesesmal besser. Das ist im sprichwörtlichen Sinn konserativ. (So gesehen, ist es dann auch kein Wunder, wenn ausgesprochene Traditionsvereine wie die ML-Gruppen dieses Datum besetzen)

Es zeigte sich das wir den Zeitpunkt wo eine Veränderung angestanden hätte schon viel früher verpasst hatten. Autonomes Handeln kann nicht darin bestehen, am kleineren Übel festzuhalten, sondern das zu wagen, was einer/m richtig erscheint, auch wenns schief gehen kann. Mit einer eigenen Demo oder ner entsprechenden Aktion wären wir schlimmstenfalls unbeachtet geblieben. Anderseits hätte eine solche Demo, zumindest eine politische Identität gehabt und damit auch ne Ausstrahlung, die manche wieder hätte gewinnen können, die so nach Hause gegangen sind.

Warum waren wir so mutlos, obwohl vielen von uns das schon vorab klar war ? Es waren nicht die ML Gruppen, die uns davon abbrachten etwas eigenes zu machen, sondern der Druck aus den eigenen Reihen. Es hieß, wir dürfen uns nicht in einer Zeit zunehmendem Antikommunismus nicht von kommunistischen Gruppen abspalten lassen, und in einer Zeit wachsenden Nationalismus nicht von Gruppen distanzieren, in denen angeblich viele Immigrantlnnen organisiert seien und die eine ziemliche Bedeutung für die ausländischen Jugendlichen hätten. Auf diese Argumente haben wir auch nicht gleich eine Antwort gewußt. Aus heutiger Sicht würden wir sagen, dies keine ausschlaggebenden Argumente sein können. Die Mischung aus Moral, Sachzwang und Zeitdruck hat uns damals davon abgehalten, diese Argumente besser zu hinterfragen. Mit Organsisationen, von deren politischer Zielsetzung uns Welten trennen, die eine ganz andere Vorstellung von Befreiung haben (z.B. Hauptwiderspruch statt triple oppression) , sind für uns nicht automatisch Bündnisse möglich dadurch, daß sie die selben Menschen mobilisieren wollen wie wir.

Auch ohne die Faktoren Zeitdruck und Sachzwang haben wir in unseren Diskussionen feststellen müssen, daß es unter uns zwei "Lager" gibt, die die Frage politischer Verantwortlichkeit für sich unterschiedlich beanworten. Die einen, welche (auch heute noch) nach objektiven Kriterien für ein politisch richtiges Handeln suchen, sich darauf verpflichten lassen und auch andere darauf verpflichten wollen. Und die anderen, die davon ausgehen, daß es ein (objektives) richtiges Handeln nicht gibt, sondern daß jede/r einzelne aufgrund ihres/seines Wollens (was will ich ändern/erreichen) Stellung bezieht zu den Situationen und Widersprüchen, mit denen sie/er konfrontiert ist.

Dafür haben sich in der nachfolgenden Diskussion die beiden Begrifflichkeiten "Pflichterfülungspolitik" und "Befindlichkeitspolitik" geprägt. In der Wahl der Begriffe steckt bereits jeweils so etwas wie ein Vorwurf, daß das politische Handeln der "anderen Seite" sozusagen falsch motiviert sei.

Gibt es wirklich diese zwei Motivationsstränge für politisches Handeln in der autonomen Bewegung, welche sich jeweils aus der eigenen Geschichte herleiten ?

Die Diskussion ergab, daß sich die beiden Motivationen nicht eindeutig voneinander trennen lassen. (leider !?)

Daraus folgt für die Zukunft ....



Am 29.08.93 wurde unsere Mitstreiterinn
aus der OberbaumbrückenIni

Nicole

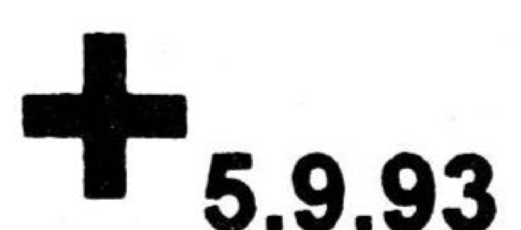
von einem Auto umgebracht. Abgesehen davon, daß wir diesmal persönlich betroffen sind, steht sie für die vielen, für uns namenslosen Verkehrstoten, die diese Gesellschaft in Kauf nimmt. Dies gilt nicht nur für korrupte, verantwortungslose tempogeile Verkehrspolitiker, sondern auch für einen großen Teil der Gesellschaft, für die das Auto die heilige Kuh darstellt, die nicht geschlachtet werden darf. Der moderne, leistungsfähige Mensch muß mobil sein – was machen dann schon ein paar tausend Tote, Menschen die jährlich auf der Fahrbahn zermalmt, zerquetscht oder zu lebenslangen Krüppeln gefahren werden? Wir können es uns leisten, da wir ja über einen hochtechnisierten medizinischen Standard und gut gefüllte menschliche Ersatzteillager verfügen.

Deshalb:
Freie Fahrt für freie Bürger!
Großzügiger Ausbau aller Spreebrücken!
Aufhebung des Tempolimits!
Einen schnelleren und schöneren Innenstadtring!
Laßt uns schneller sterben!

Wir trauern um Nicole
Die OberbaumbrückenIni

......die stärksten kämpfen ihr ganzes leben

Reiner Dauner



5.9.93

**er war ein genosse, der beharrlich, kontinuierlich und geduldig für die befreiung der kurdischen bevölkerung als etappe im kampf um die befreiung weltweit kämpfte.
am 4.9.93 feierte er noch mit tausenden freunden und freundinnen ein kurdisches fest in frankfurt. auf dem rückweg starb er mit 3 kurdischen menschen bei einem busunglück, dessen ursache das menschenverachtende profitstreben des busunternehmes `holiday-reisen`, daß keinen ersatzbusfahrer einsetzte, war.
reiner, in unseren kämpfen lebst du weiter.
TRAUERNDE GENOSSINNEN**

Offener Brief an die taz Berlin

In der taz-Ausgabe vom Samstag, den 4. September 1993 ist eine Werbeanzeige für die deutsche Ausgabe des Buches von Singer und Kuhse "Should the Baby live?" abgedruckt. Nachdem die Behinderten- und Anti-Eugenikbewegung die Veröffentlichung dieses Buches im Rowohlt Verlag verhindert hat, ist es jetzt von einem Erlanger Verlag herausgegeben worden.
Klaus Staeck wirbt in dieser Anzeige für das Buch mit einer Aussage, die knapp und offen benennt, um was es Singer und Kuhse geht: die Tötung behinderter Menschen.
Der Abdruck dieser Anzeige ist der bisherige Höhepunkt in der schon lang verfolgten taz-Politik, auch eugenische Positionen zu Wort kommen zu lassen.
In der Auseinandersetzung über Euthanasie und Eugenik geht es nicht um eine akademisch-philosophische Debatte, sondern um die klare politische Entscheidung, auf welche Seite wir - und taz - uns stellen: entweder die Seite derer, die in rassistisch-faschistischer Tradition Menschen selektieren und der Tötung preisgeben, oder die eindeutige Parteinahme und der Kampf für das Lebensrecht für alle Menschen.
Die taz hat sich auf die Fahnen geschrieben, eine antirassistische Medienpolitik zu betreiben. Diese Anzeige abgedruckt zu haben, ist aber Ausdruck puren Rassismus/Biologismus - und damit verdient die taz noch Geld!
Die taz trifft in bezug auf den Abdruck von Anzeigen durchaus politische Entscheidungen, z.B. die, keine DVU-Anzeigen zu veröffentlichen. Ebenso ist es kein Versehen von der taz, diese Werbung für ein Buch, das die Tötung behinderter Säuglinge propagiert, reinzunehmen - die Bioethikdebatte ist auch der taz wohlbekannt.

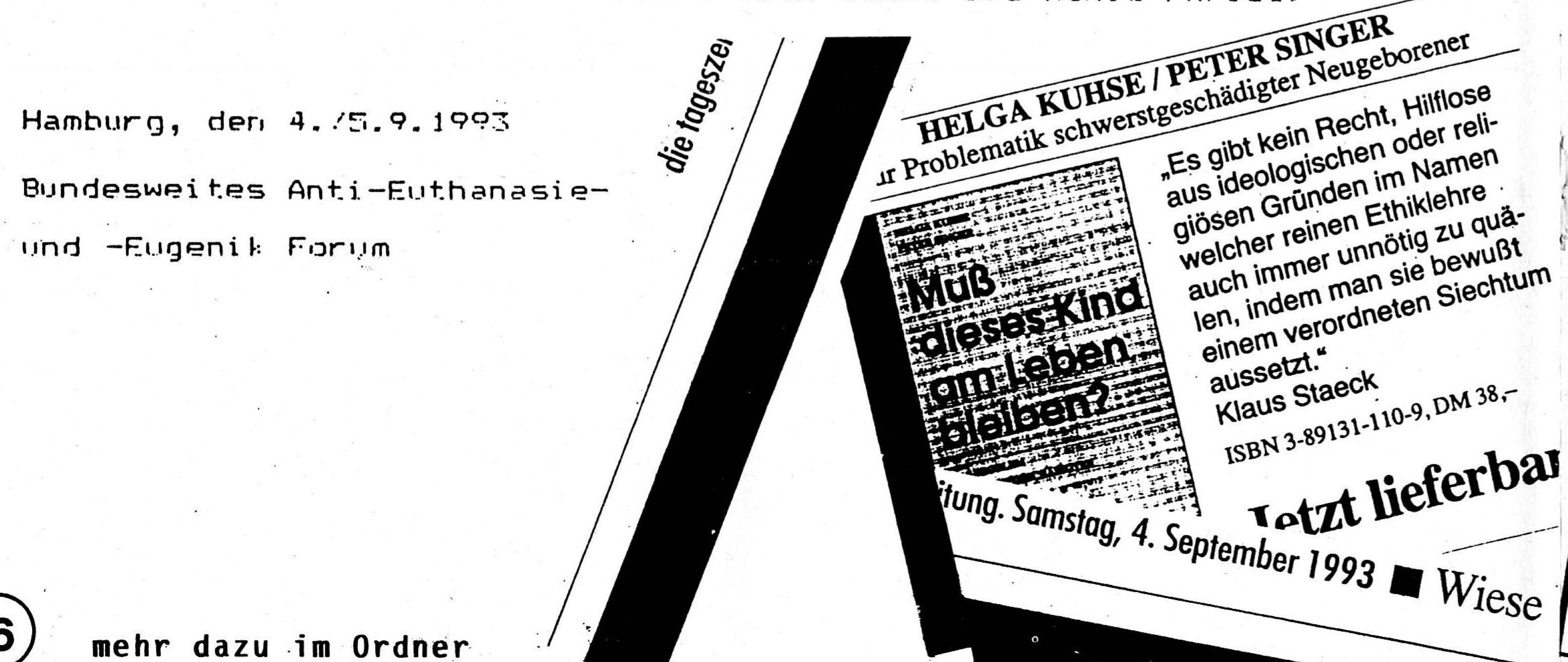
Wir fordern die taz auf:

- die für die Veröffentlichung verantwortlichen MitarbeiterInnen politisch zur Verantwortung zu ziehen;
- sich endlich und eindeutig auf die Seite der Euthanasie- und EugenikgegnerInnen zu stellen und weder im redaktionellen noch im Anzeigenteil BioethikerInnen und anderen TötungspropagandistInnen ein Forum zu bieten;
- aktiv und mit allen Möglichkeiten die Anti-Euthanasie und Eugenikbewegung in ihrem Kampf zu unterstützen.

Der Antirassismus der taz entlarvt sich sonst als hohle Phrase.

Hamburg, den 4./5.9.1993

Bundesweites Anti-Euthanasie- und -Eugenik Forum



mehr dazu im Ordner

'Neue Rechte' zieht's nach Potsdam

Wie auf einer Pressekonferenz im Rahmen von 'Potstausend' bekannt wurde, wird die Wochenzeitung 'Junge Freiheit', Meinungsmacher der sogenannten 'Neuen Rechten', ihren Erscheinungsort nach Potsdam verlegen.

JF Chefredakteur Dieter Stein, dessen Vater Potsdamer ist, wurde für den 10.Oktober zum 'Potsdamer Diskurs' im Schloßtheater des Neuen Palais eingeladen, um unter dem Titel 'Grenzen der Vergangenheitsbewältigung' mit Gregor Gysi und dem Historiker Julius Schoeps über Identitätsprobleme der Jugend und über die 'Neue Rechte' zu diskutieren.
Nachdem der Skandal um die Einladung des Chefredakteurs der 'Jungen Freiheit' durch Alexander Dill, Koordinator der Gesprächsreihe, am 9.August 1993 vor der Presse öffentlich wurde, erklärte Oberbürgermeister Gramlich (SPD) auf Anfrage der 'Märkische Allgemeine' (19.August), er sei 'von dieser Einladung nicht unterrichtet gewesen'. Er hoffe, daß es 'zu diesem Projekt nicht kommt'. 'Ich fürchte Schaden für Potsdam und möchte ein solches Sprachrohr in dieser Stadt nicht haben', sagte er.

Einen Tag vor der Erklärung des OB's hatten die 'Potsdamer Neueste Nachrichten' ein Interview mit Stein gebracht (einschließlich Foto). Volker Punzel (PNN-Redakteur) sprach am 17.8. mit Stein und befragte ihn über den Hintergrund einer Potsdam betreffenden Fehlinformation sowie zu seinen weiteren Vorhaben.
Hier der Wortlaut des Interviews:
PNN: *60 Personen, von Ihrer Zeitung zu einem Seminar nach Ravensburg eingeladen, mußten vor 14 Tagen die Stadt vorzeitig verlasssen. Sie wollten die Tagung in Potsdam fortsetzen, wurde zuvor verkündet..*
D.St.: *Mit dieser Information sollten die Medien geärgert werden. Der Beitrag, der im ARD-Kulturreport zu sehen war, hat die Leute schließlich erst gegen uns aufgebracht. Einen Wechsel nach Potsdam hätten wir uns finanziell nicht leisten können. Die Tagung wurde deshalb in Konstanz fortgesetzt.*
PNN: *Die 'Junge Freiheit'-Redaktion sitzt jetzt in Potsdam. Mußten Sie Freiburg/Breisgau gezwungenermaßen verlassen?*
D.St.: *Schon kurz nach der Wiedervereinigung war klar, daß wir langfristig gesehen in den Großraum Berlin als Hauptstadt gehen müßten. Freiburg liegt zu sehr an der Peripherie. Und wir wollen künftig auch mehr über die neuen Länder berichten. Es ist mehr zufällig, daß die Zeitung in Freiburg er scheint. Hätten meine Eltern woanders gelebt, wäre sie vielleicht dort von mir herausgebracht worden. Für Potsdam selbst haben wir uns entschieden, weil ich über meinen Vater, der hier bis zu seinem achten Lebensjahr gewohnt hatte, mit der Stadt vertraut war.*
PNN: *Die genaue Adresse Ihrer Redaktion in Potsdam wollen Sie nicht nennen. Haben Sie einen besonderen Grund, sie zu verheimlichen?*
D.St.: *Schon in Freiburg, wo es die Zeitung seit 1986 gab, war nur das Postfach bekannt und die Telefonnummer. Nicht immer haben wir es mit Leuten zu tun, mit denen in Ruhe über unterschiedliche gesellschaftliche Ansichten gesprochen werden kann. Die Redaktion - ab Oktober werden es zehn festangestellte Redakteure sein - möchte auch in Potsdam ungestört arbeiten können.*
Wenn Worte einen Sinn haben, bedeutet dies:
Die Redaktion hat bereits ihren Sitz in Potsdam, ihre Adresse versucht der Chefredakteur im Dunkeln zu halten.
Ab Oktober soll die Redaktion 10 festangestellten Redakteuren in Potsdam beschäftigen.
Gerüchte besagen, daß die Druckerei Edmund Stein GmbH., Am Nauener Tor, 14467 Potsdam in die Affäre eingebunden ist. Ein Dementi von dort wurde bisher nicht bekannt.
In einem solchen Fall wäre ein besonderer Aspekt des Skandals darin zu sehen, daß es eben diese Druckerei war, die bis zur Machtübernahme der Nazis Carl von Ossietzkis 'Weltbühne' druckte.

Nachdem Oberbürgermeister Gramlich (SPD) den 27jährigen Dieter Stein von der Teilnahme an dem 'Potsdamer Diskurs' auslud, wurde er via Potsdamer Presse Angriffen von Seiten des Diskurs-Moderators Alexander Dill ausgesetzt.
Der nannte Gramlichs Äußerung, 'er fürchte Schaden für Potsdam', einen 'unqualifizierten Akt der Intoleranz - genau das ist der Schaden für Potsdam'.
Dieter Stein, so erklärte Dill (laut 'Märkische Allgemeine',24.8.93), stehe für eine Jugend, die einen 'neuen Konservatismus' suche. Auf Nachfrage, was da genau gesucht werde, zählte Dill auf:'Familie, Soli darität, Verwurzelung in der Heimat'.
Die Diskussion 'mit einem möglicherweise als rechts einzuschätzenden Mann' einfach abzusetzen, so meinte Dill, entbinde nicht von der Notwendigkeit, über das zu streiten, was 'rechts' sei. Er machte geltend, daß die 'Junge Freiheit' nicht im Verfassungsschutzbericht auftauche.

Aus Protest gegen die Ausladung Steins durch Oberbürgermeister hatte auch die Schriftstellerin Sigrid Grabner, die als Moderatorin für eine andere Debatte vorgesehen war, ihre Teilnahme zurückgezogen. Sie schrieb in einem an die Presse gesandten Beitrag, Herr Stein habe 'den Mut, mit Herrn Gysi und Herrn Schoeps zu streiten, selbst auf die Gefahr hin, sich von diesen ihm an Jahren und Kenntnissen überlegenen Herren und von einem feindseligen Publikum vorführen zu lassen'. Die Oberen der Stadt verböten wider oder ohne besseren Wissens jedem dem Mund, der ihnen nicht nach dem Munde rede.
In ihrem Artikel wies Sigrid Grabner u.a. darauf hin, daß der Journalist Stein bei Gramlich anrief und um ein Gespräch gebeten habe. 'Der ließ ihn wissen, er wolle ihn nicht kennenlernen und schon gar nicht mit ihm reden.'
Sigrid Grabner schrieb dazu:
'Von niemandem gut bezahlt, weil arbeitslos, besitze ich doch wenigstens die Freiheit, zu reden mit wem ich will, auch mit Herrn Stein. Im Gegensatz zu Herrn Gramlich fälle ich kein Urteil über Menschen und Meinungen, die ich nicht kenne. Bin ich doch ein gebranntes Kind, was die freie Meinungsäußerung angeht.
Zu DDR-Zeiten lehnte der Genosse Jahn es ab, mit mir zu reden, weil ich ein 'Veräter und Klassenfeind' sei. Meinen kritischen Vortrag an der Universität Potsdam über P 1000 und die Stadtregierung, nahm der Oberbürgermeister zum Anlaß, mich auf einer Pressekonferenz zu verurteilen, ohne vorher mit mir zu sprechen. Schließlich ließ er verkünden, 'es sei generell schwierig für eine freigeistige Schriftstellerin, sich in den engen administrativen Bereich einzubinden'. Nun redet er schon lange nicht mehr mit mir.
Ich mußte den Genossen Jahn aushalten und kann auch die Ungnade eines Oberbürgermeisters ertragen.
Aber kann es diese Stadt der vielgepriesenen Toleranz aushalten, wenn ihre Oberen wider und ohne besseres Wissen jedem den Mund verbieten, der ihnen nicht nach dem Munde redet?
...
Sollte Herr Gramlich nicht den Mut zur Toleranz aufbringen wie die 'Zugereisten' Börries von Liebermann und Alexander Dill und auf seiner Weisung beharren, Herrn Stein auszuladen, verzichte ich auf meine Teilnahme an den 'Diskursen'. Mögen dann 'zugereiste' Immobilienhändler, Investoren und zur Meinungslosigkeit verpflichtete Beamten mit dem Oberbürgermeister unisono und ungestört das Lied von der freien und sozialen Marktwirtschaft, von Toleranz und Demokratie singen. Den Geist des Ortes werdem sie an dem von ihnen entgeistigten Ort nicht finden. Wollen sie vielleicht auch? Sigrid Grabner.'

Auf die von derselben Zeitung (PNN) am 13. 8. gebrachte Meldung, daß der Verlag der 'Jungen Freiheit' sich bereits seit dem 20.7.93 in Potsdam befinde, ging Sigrid Grabner in ihren Darlegungen leider nicht ein.

AUS DER NEUEN "ARRANCA" NR. 2

im Rückblicktauchen Indizien auf

Gespräch mit P. aus dem Rhein/Main-Gebiet über Klaus S.

P. kannte Klaus Steinmetz länger. Wir führten mit P. dieses Interview in der Absicht, den Spitzelfall transparenter zu machen.

F: „Nachher ist man immer schlauer": Wenn man jetzt im Nachhinein feststellt, wie man Klaus Steinmetz hätte enttarnen können, dann ist das eine ziemlich bequeme Perspektive. Ich glaube, daß man eigentlich über jeden Menschen einiges sagen könnte, das ihn verdächtig macht. Im Rückblick tauchen Indizien auf, die vorher keine waren. Glaubst du, daß es im Fall Klaus Steinmetz wirklich Indizien gab, über die man schon damals hätte stutzen können?

A: Ich denke, daß es da tatsächlich ein paar Charateristika gab. Der Klaus Steinmetz war ein Typ, der Konflikten immer aus dem Weg gegangen ist. Man hätte da genaue zwischenmenschliche und inhaltliche Auseinandersetzungen führen müssen, man hätte ihm den Freiraum nicht lassen dürfen, mit seiner Lüge zu leben.

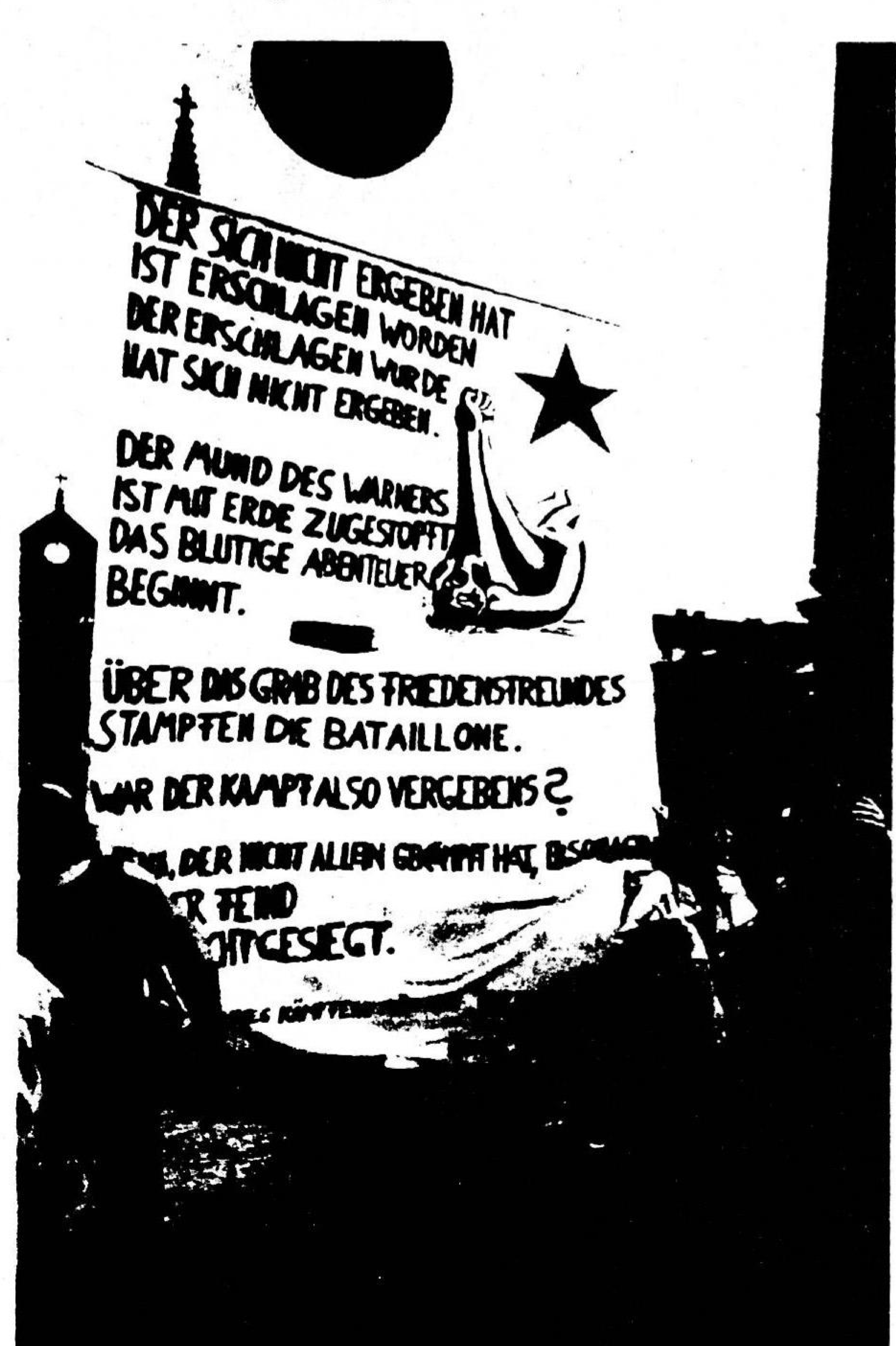


Foto: Klaus Macorny/Fotogruppe Rhein-Main.

F: Ein gängiges Phänomen, daß Konflikten aus dem Weg gegangen wird und Auseinandersetzungen überhaupt nicht mehr geführt werden.

A: Das schlimme daran war, daß es nicht irgendwelche zusammengewürfelten Strukturen waren, die ihm diesen Spielraum gegeben haben. Das waren Leute, die sehr lange etwas machen. Dadurch, daß es dort verpaßt wurde, ihn zu Auseinandersetzungen zu zwingen, konnte so jemand wie Klaus bestehen. Er war gewissermaßen für die Bullen der Idealfall von Spitzel. Durch seine ausweichende Art, konnte er auch seiner Lüge ausweichen. Mit dem inneren Konflikt, V-Mann zu sein, hat er sich so wenig aus-

einandergesetzt wie mit seinen anderen Konflikten. Das war ja keine Verstellung, es war ja tatsächlich seine eigene Art, mit der er in der Szene lebte. Nur wer in der Lage ist, so auszuweichen und zu verdrängen wie Klaus Steinmetz, konnte diese Aufgabe übernehmen.

F: Was gab es da noch an Indizien, hat nicht Klaus Steinmetz selbst einmal erzählt, er sei vom Verfassungsschutz angesprochen worden...
A: Der Fall war ein bißchen anders. Klaus Steinmetz hat bei einem Treffen 1985 zum Thema Ansprechversuche vom Verfassungsschutz geäußert, daß er sich zum Schein anwerben lassen würde. Diese Information gelangte aber nicht an die Leute, mit denen er später zusammenarbeitete. Das waren andere Zusammenhänge, mit denen es damals keinen Kontakt gab und die heute auch gar nicht mehr bestehen.

F: Waren das damit Deiner Ansicht nach Strukturprobleme? Die Szene ist unkontinuierlich organisiert, eine Informationsweitergabe ist meistens zufällig...
A: Ja, wahrscheinlich. Aber die andere Seite ist, daß diese Sachen zum Teil 10 Jahre zurücklagen. Es gab einen Fall 1983, noch aus seiner Zeit in Kaiserslautern, als vier Leute wegen dem §129a zu zwei Jahren Haft verurteilt wurden. Klaus Steinmetz war der einzige, der darauf bestand, ohne Anwalt zur Verhörung zu gehen. Wie Leute berichten, die ihn dort begleiteten, blieb er über Stunden beim Staatsanwalt. Es war also klar, daß er Aussagen gemacht hatte, aber was, ließ sich nicht herauskriegen. Zumindest dieser Fall hätte von Kaiserslautern in die Strukturen nach Wiesbaden getragen werden müssen.

F: Wann wurde das bekannt?
A: Erst jetzt, im Zusammenhang mit den Recherchen, die nur im Nachhinein angestellt wurden.

F: Andererseits kann es die berechtigte Befürchtung geben, daß man zu viel Mißtrauen schürt, wenn man solche Informationen in andere Städte getragen werden. Das kommt einem Rufmord gleich...
A: Ich finde es trotzdem verwunderlich, wenn darüber kein Wort verloren wurde. Zudem gab es 1983 noch einen anderen Fall in Kaiserslautern. In einer Asta-Gruppe an der Universität erklärte Klaus Steinmetz, daß er eine Verfassungsschutz-Wohnung kenne, und daß man diese ausspionieren solle. Er schlug vor, die Leute zu fotografieren, die dort ein und aus gingen. Die Gruppe lehnte das ab und Klaus versuchte es im Alleingang. Dabei wurde er erwischt, aber der VS verlangte nach Klaus Aussage nichts weiteres, als ihm den Film abzunehmen. Damit sei der Fall für ihn erledigt gewesen. Zumindest ist es ein Hinweis, daß er direkt mit dem VS zu tun hatte.



F: Trotzdem ist es überhaupt nicht möglich, zu sagen, zu welchem Zeitpunkt Klaus Steinmetz ein Spitzel wurde.
A: Nein, für uns nicht. Aber wir denken, daß es auch eine allmähliche Verwicklung gegeben haben kann. Daß er zunächst wirklich glaubte, er könne den VS an der Leine führen, und mit der Zeit immer stärker vom VS unter Druck gesetzt wurde. Der Zeitpunkt jedoch ist reine Spekulation. Wir können Leute von damals fragen, aber was denen einfällt, sind dann auch immer nur Geschichten, die –wie Ihr schon gesagt habt– im Nachhinein auffälliger wirken, als im Augenblick, in dem sie geschehen.

F: Warum könnte er zum V-Mann geworden sein?
A: Zum Teil war er ja wirklich ein Zocker, wie es aufreißerisch im *Spiegel* hieß. Allen war klar, daß er den Nervenkitzel gesucht hat. Vielleicht hat er sich aus Abenteuerlust darauf eingelassen, und wurde dann vom VS immer enger rangenommen.

F: Geld war anscheinend kein Motiv. 1987 wurde Steinmetz bei einem Bruch verhaftet und kam ins Gefängnis. Er mußte davon abhängig gewesen sein, sich auf anderem Wege Geld zu besorgen.
A: Er hatte die ganze Zeit Geld gehabt, aber nie übermäßig viel, er jobbte dieganze Zeit. Ab und zu machte er „Schnäppchen", um die er beneidet wurde. Es gab in dieser Hinsicht nichts auffälliges. Geld kann es nicht gewesen sein.

Wahrscheinlich war der Bruch ein Mittel, um ihn stärker ranzunehmen. Klaus Steinmetz wurde erwischt und kam ziemlich schnell wieder heraus.

F: ..in den ersten beiden Instanzen wurde er zu 18 bzw. 15 Monaten ohne Bewährung verurteilt, in der dritten schließlich kam er auf Bewährung raus...
A: Ja genau. Das ist ein Anzeichen dafür, daß es einen Deal gab. Das Gericht ließ ihn laufen und Klaus Steinmetz kollaborierte im Gegenzug dafür enger mit dem Verfassungsschutz.

F: Aber es muß doch noch ein härteres Druckmittel gegeben haben. Wer verrät wegen eineinhalb Jahren Gefängnis seine FreundInnen?
A: Zumal es keine eineinhalb Jahr geworden wären. Im Normalfall wäre er nach einem Jahr draußen gewesen. Ich kann mir auch nicht denken, daß es das gewesen ist. Ich glaube auch nicht, daß seine einzige Motivation für alle seine politischen Aktivitäten die V-Mann-Tätigkeit war. Es ist unklar, was er aus Spitzelinteresse gemacht hat und was weil es ihn wirklich interessierte.

F: Du hast gesagt, daß es relativ kennzeichnend für ihn war, von einer Sache zur nächsten zu springen.
A: In festen politischen Grup-

pen hat er eigentlich nur Statistenrollen gespielt. Er war da kein aktiver Teil, der Initiative übernommen hätte oder inhaltlich etwas vorangebracht hätte. Ansonsten hat er politisch sehr unkontinuierlich gearbeitet.

F: Und woher kam dann das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde? Nur weil er lange dabei war?
A: Ja, und aus zwischenmenschlichen Entwicklungen. Viele Leute haben ihn gemocht.

F: In Wiesbaden wurde relativ lange bei der Behauptung gezögert, Klaus Steinmetz sei ein Spitzel. Die Version tauchte in den Medien bereits ein oder zwei Tage nach Bad Kleinen auf, in Wiesbaden gab es dagegen noch am 15.7. , also 2 Wochen später, einen Brief von FreundInnen, die ihren Zweifel in beide Richtungen ausdrückten. Das fand ich nicht schlecht, daß so lange versucht wurde, Türen offenzuhalten, nicht gleich zu sagen, *„egal ob du vorher oder nachher kollaboriert hast, du bist ein Verräter"*. Ab wann war es dann eigentlich auch in Wiesbaden klar, daß Steinmetz V-Mann ist?
A: Das war der Moment, wo Birgit Hogefeld aus dem Knast durchblicken ließ, daß Klaus Steinmetz gefesselt auf dem Boden gelegen hatte. Seine eigene Version war in mehreren Briefen, daß sie ihn nicht erwischt hatten und daß er im Chaos verschwinden konnte. Das klang schon ziemlich wenig glaubwürdig, aber als sich seine Version endgültig als Lüge entpuppte, war die Sache klar.

F: Nach der Veröffentlichung aus Wiesbaden gab es nach Bad Kleinen ein Treffen einer Person mit Klaus Steinmetz. Der Eindruck dort war, daß er völlig fertig ist. Klaus Steinmetz hatte keine doppelte Identität. Keine zweite Lebensgeschichte wie eingeschleuste V-Leute der Polizei. Er war ein Mensch aus der Szene, der seine Freundschaften, seine Beziehungen, alle seine sozialen Kontakte dort hatte. D.h er steht jetzt völlig allein da...
A: So weit man ihm glauben darf, was er selbst in Telefongesprächen, in Briefen oder eben auf dem Treffen gesagt hat, scheint es keine Show zu sein. Bei uns gibt es unterschiedliche Einschätzungen darüber, aber ich glaube, daß er die Realität noch nicht fassen kann, daß er selbst nicht begreift, was er gemacht hat. Diese Sachen waren ihm vorher wahrscheinlich nicht klar. Erst jetzt merkt er die Dimensionen der Geschichte, erst jetzt stellt er fest, daß er von seinem Lebenszusammenhang abgeschnitten ist.

F: Klaus Steinmetz ist völlig in den Händen des Verfassungsschutzes. Klar ist, daß die Bundesanwaltschaft versuchen wird, ihn in dieser Situation als Kronzeugen zu strapazieren...
A: Was in der Presse schon angedeutet wird, ist die Frage, über wen der V-Mann an die RAF herangeführt wurde. Es ist davon auszugehen, daß Konstruktionen, in denen von einer "legalen RAF" ausgegangen wird, –also von Leuten, die laut Bundesanwaltschaft zur RAF gehören, aber eben legal leben–, jetzt mit Aussagen von Klaus Steinmetz belegt werden sollen. Die Repression wird sich also vor allem gegen diejenigen richten, von denen Klaus Steinmetz bzw. die Bundesanwaltschaft behauptet, sie seien sein Kontakt zur RAF gewesen.

F: Wie ist eigentlich die Stimmung seit Bad Kleinen? Für viele war Klaus Steinmetz immerhin ein langjähriger Freund. Du hast auch erzählt, daß ihm manche Leute wirklich nah waren.
A: Das sind schon persönliche Katastrophen, die sich jetzt ereignen. Es gibt bei vielen das Gefühl, mißbraucht worden zu sein, daß ihnen ein Stück ihres Lebens geklaut worden ist. Vor allen für diejenigen, die eine Beziehung mit ihm hatten, ist es natürlich ein Hammer.

F: In der ersten Aufarbeitung aus Wiesbaden heißt es, es sei ein Fehler gewesen, Klaus Steinmetz auch nach Bad Kleinen in einem Brief noch einmal die Hand auszustrecken. (Ich fand das eigentlich sehr verantwortungsvoll).
A: Es war sicherlich richtig, den Medien nicht alles zu glauben und zu versuchen, einen kühlen Kopf zu bewahren. Aber spätestens seitdem bekannt wurde, daß er in der Unterführung gefesselt am Boden gelegen hatte, mußte alles klar sein. In Wiesbaden dagegen haben viele die Vorstellung, Klaus Steinmetz sei ein Spitzel, nicht wahr haben wollen. Sie haben immer wieder nach Argumenten gesucht, um das widerlegen zu können. Das hatte sicherlich mit dem zu tun, was wir gerade gesagt haben, daß er nämlich zahlreiche Freundschaften hatte. Aber jetzt, ist klar, daß es viele zu lange nicht wahrhaben wollten.

F: Warum gab es sonst keine Stellungnahmen aus Wiesbaden? Über mehrere Wochen war außer diesem Brief nichts zu hören...
A: Es gab keine gesicherten Informationen, sondern Verunsicherung und natürlich die Absicht, vorsichtig mit Vorwürfen umzugehen. In dieser Situation, voller Zweifel und Spekulationen, kamen immer wieder Anrufe oder Briefe von Steinmetz, die zusätzlich verwirrten. Es ist auffällig, daß sich Steinmetz immer wieder, wenn die Stimmung in Wiesbaden besonders stark von Zweifeln bestimmt war, meldete. Es scheint der Verfassungsschutz hatte die Diskussionen mitverfolgt. Seine Briefe und Anrufe wurden genau so plaziert, um die Verwirrung zu vergrößern.

F: Gab es bei der Öffentlichkeitsarbeit nicht noch andere, gröbere Fehler? Es wurde z.B versäumt, nach der endgültigen Enttarnung von Steinmetz seine Aktivitäten offenzulegen. Immerhin beging der vom Verfassungsschutz gedeckte V-Mann selbst Straftaten und forderte auch immer wieder Bekannte zu solchen auf. Der Einbruch 1987 ist ja nicht das einzige, was Klaus Steinmetz gemacht hat bzw. machen wollte. Diese Tatsache, daß im SPD-regierten Rheinland-Pfalz V-Leute als *agents provocateurs* eingesetzt werden, hätte man stärker thematisieren müssen. Immerhin ist das nach wie vor illegal. Kurzum –die Öffentlichkeitsarbeit hätte offensiver sein können.
A: Es hätte die Möglichkeit gegeben, die schmutzige Arbeit des Verfassungsschutz stärker zum Thema zu machen. Ich sehe das auch so. Z.B gab es Mitte der 80er eine Durchsuchung wegen der Zerstörung des „Institut francais", im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der *Action Directe* in Frankreich. Bei der Durchsuchung wurde zwischen Helmen usw. auch ein Bußgeldschein gegen Klaus Steinmetz gefunden. Trotzdem wurde nicht weiter ermittelt. D.h der Verfassungsschutz deckte und animierte die Straftaten von Steinmetz.

Es gab sehr unterschiedliche Auffassungen darüber, wie jetzt in der Öffentlichkeit vorzugehen sei. Für mich ist das auch nicht verständlich, warum nicht stärker in die Offensive gegangen wurde.

Erklärung von Helmut Pohl, Gefangener aus der RAF

es ist jetzt vielleicht noch einmal eine gelegenheit, etwas für uns zu sagen.

jedenfalls wollen wir zu uns, ein großer teil der gefangenen aus der raf, für jeden klarheit schaffen.

niemand von uns und auch niemand von den angehörigen hat die forderung nach einem kurzzeitigen zusammenkommen, wie sie jetzt durch die öffentlichkeit gewälzt worden ist, gestellt.

wir haben diese forderung nicht, wir lehnen das ab, unsere forderung ist nach wie vor: freiheit jetzt, zusammenlegung bis dahin.

wären wir jetzt für wenige monate oder wochen zusammen, wäre unser thema auch nicht der „bewaffnete kampf", sondern eben unsere freiheit. in anderen worten: nicht der frieden mit dem staat und nicht eine schlußabwicklung unserer geschichte nach den letzten beiden katastrophalen jahren, sondern wie wir die kräfte aus der gesellschaft gegen den staat erreichen, die uns schließlich aus den gefängnissen bringen — weil sie die situation erfassen, ihre eigene, die perspektive und die bedeutung davon erfassen, der machtbesoffenen politischen klasse die bestimmung über politische weichenstellungen wegzunehmen.

die geschichte jetzt ist eine neue dieser inszenierungen seit der sog. „kinkel-initiative", an denen nichts real ist, es sei denn, man nimmt sie gleich als vorhang zu täuschung und desorientierung und diese formeln wie „lösung" oder „versöhnung" gleich als synonyme des apparats für endlosen knast für einen dafür vorgesehenen teil der gefangenen.

konnte sich die kampagne um die „kinkel-initiative" noch auf einige wenige gefangene stützen, die darauf eingestiegen sind, und draußen auf die „neue" politik der raf mit der „steinmetzschen" einheit, kommen sie inzwischen ganz ohne aus. es ist eine reine eigenproduktion von verfassungsschutz, medien und politikern. sie brauchen für unsere „forderungen" überhaupt niemand mehr, und so gesehen ist es die konsequente weiterentwicklung der übernahme unseres langjährigen gefangenenprojekts durch den staat mittels der „kinkel-initiative" und deren anhang.

jetzt hören wir, phänomenal für uns, daß dieses kunstprodukt (denn real würde dieses „treffen" sowieso nie) diskussionen ausgelöst hat bis hinein in gesellschaftlich etablierte kreise, die sich schon lange nicht mehr mit gefangenen befaßt haben, weil für sie die ganze sache mit uns schon längst so gut wie erledigt war.

ihr macht euch sorgen über eine möglicherweise „neu entstehende gewalt von links"?

macht euch lieber sorgen um euren staat.

die fette kohle bringt er sowieso nur noch für immer weniger.

es wird mit uns keine neuauflage von so was wie der „kinkel-initiative" geben, in welcher heutigen variante auch immer. wenn, dann deutlich gegen uns.

soweit kann ich aus einem konsens mit brigitte, christian, rolf (heißler), eva, heidi, rolf (wagner) sprechen. das sind keineswegs alle gefangenen, die so denken, wir sind aber die gefangenen aus der raf, für die im ergebnis der entwicklung seit '92 die „lösung" darin bestehen soll, daß wir im endlosen knast wegsiechen.

von ingrid und sieglinde will ich in dem zusammenhang gar nicht anfangen.

ihr werdet euch bei etwas besinnung leicht vorstellen können, daß wir das nicht fressen, und vielleicht wird auch euch dämmern, daß wir mit dieser lage weit über der grenze sind, wo uns der staat noch was anhaben kann, zumal für jede/n von uns alles, was sie tun können, schon einmal da war.

zu der zu erwartenden wiederholung der ewigen leier von den „hardlinern" erinnere ich noch einmal daran, daß wir es waren, die seit langen jahren eine zäsur wollten, und weil wir die fälschungen und hetzstories, die immer wieder gestrickt werden, so satt haben, will ich jetzt noch dazu sagen, daß auch der schritt zur einstellung von „gezielt tödlichen aktionen gegen repräsentanten von staat und wirtschaft" von uns initiiert wurde. allerdings ein gutes jahr früher, als er kam, und wir sind auf nichtbegreifen gestoßen, und dann kam kinkel, und dann ging die „zäsur" nach hinten los.

wir gefangenen haben ursprünglich unseren kurs auf „diskussion" und „zäsur" seit ende der 80er jahre, bei gleichzeitiger deeskalation in unserer auseinandersetzung mit dem staat, keineswegs aus einer „aufgabe des kampfes" heraus gemacht, wir haben es in der überzeugung gemacht, daß vor den ergebnissen des kapitalistischen durchmarsches eigentlich viele mehr als vorher sehen müßten, daß jetzt eine situation realität wird, aus deren antizipation wir 20 jahre gekämpft haben, um sie zu verhindern.

wir wollten das als unseren spezifischen gefangenen-beitrag zu einem klärungsprozeß für eine neuzusammensetzung einer umwälzungspolitik, die heute weit über das linksradikale und auch ehemals linke spektrum hinausreichen könnte. wir wußten, daß wir dafür nur einen engen zeitraum des übergangs im umbruch haben, weil dann die auswirkungen des umbruchs voll herausgekommen sein werden, und daß dann gesellschaftlich und politisch so viel an neuem überlebenskampf, konfrontation im zerbrechenden sozialen zusammenhang und destruktion in der globalen politischen lebenswirklichkeit aufbricht, daß davon die politische möglichkeit dafür erdrückt wird und es dann damit auch für eine lösung unseres gefangenenproblems zu spät ist, weil dann der staat in der krise uns vielmehr zum demonstrationsobjekt für die behauptung und durchsetzung von machtanspruch und machtexekution nehmen wird, als uns freizulassen.

es war der versuch — an einer doch nicht unwesentlichen stelle, schließlich hat die auseinandersetzung raf-staat die gesellschaft über 20 jahre betroffen — einer ansatzweisen verankerung eines grundkurses auf überhaupt politische prozesse, gegen die absehbare chaotisierung und brutalisierung aus den vom mikro- bis zum makro-bereich aufplatzenden gegensätzen mit der tendenz zum jeder-gegen-jeden.

was heute alles vor 3, 4 jahren nicht vorhersehbar gewesen sein soll. die faschisierung nicht, der rassismus nicht, der soziale einbruch nicht, nichts, alle waren so glücklich, als die „neue weltordnung" anbrach.

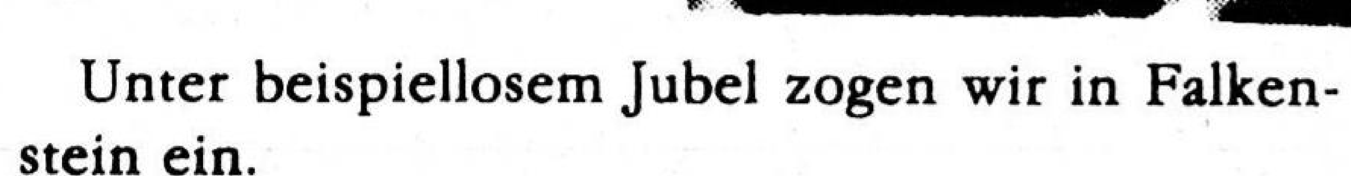
heute kommt man wohl nicht mehr daran vorbei, den versuch als überholt anzusehen.

wenn es denn heute soweit ist, wie dieses staatsschutzprodukt eines kurzzeitigen zusammentreffens kommt, daß sie glauben, die ernte der letzten 2 jahre einfahren zu können und jedem die pistole auf die brust zu setzen und nach seiner aussage zum „bewaffneten kampf" abzufragen, dann kann ich ihnen auch gleich antworten: ich mache diese politische aussage, die ich in den letzten jahren vertreten habe, heute nicht mehr. das ist heute überhaupt keine aussage mehr. die möglichkeit, die in der zäsur gesteckt hat, dürfte vorbei sein. die bewaffnete aktion und die militanz wird einfach in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen konfrontationen und in allen möglichen formen stattfinden. egal, was die raf und die gefangenen sagen. und das werde ich in manchem bestimmt gut nachvollziehen können. deshalb werde ich einen teufel tun, den bewaffneten kampf „abzusagen".

Helmut Pohl, August '93

Vor 60 Jahren starb der Kommunist Max Hoelz





Unter beispiellosem Jubel zogen wir in Falkenstein ein.

Dem Staatsanwalt verschaffte ich ein gutes Frühstück aus dem besten Hotel; er konnte sich auch sonst über schlechte Behandlung nicht beklagen. Ich empfahl ihm, sofort Briefe zu schreiben, die durch einen Motorradfahrer zu seiner Frau gebracht würden. Darin stand: wenn bis zwölf Uhr mittags die noch fehlenden Akten nicht abgeliefert seien, werde er erschossen.

Noch vor zwölf Uhr erschien seine Frau mit einem Beamten des Landgerichts und lieferte alle noch fehlenden Akten an mich ab.

Als der Erste Staatsanwalt merkte, daß er so glimpflich davongekommen war, obwohl er viele unschuldige Arbeiter auf dem Gewissen hatte, wurde er frech und beanspruchte für sich, seine Frau und den Beamten ein Auto zur Rückfahrt. Ich

Max Hoelz, Anfang der 30er Jahre in der Sowjetunion

dämpfte seinen Übermut und sagte, daß wir ihm gestatteten, in einem Landauer nach Plauen zurückzukehren, den ein Fabrikbesitzer aus Falkenstein zur Verfügung stellen müsse. Für dieses Entgegenkommen habe er tausend Mark an die Kasse der Kriegshinterbliebenen zu zahlen.

Aus den Akten ersah ich dann, daß zwei Leute, die sich als Mitglieder in die Partei eingeschlichen hatten, Polizeispitzel waren. Sie wurden sofort festgesetzt.

Am Nachmittag des gleichen Tages ging ich mit einem Genossen in das Falkensteiner Gerichtsgebäude und ließ sämtliche Beamten vom Oberamtsrichter bis herunter zu den Gerichtsvollziehern und Justizwachtmeistern zusammenrufen. Ich erklärte ihnen, jetzt habe die Arbeiterschaft die Macht in den Händen. Sie brauche die bürgerlichen Gesetze nicht, die nur gemacht seien, um die Arbeiter ihren Unterdrückern botmäßig zu erhalten. Wir machten uns unsere Gesetze selbst.

Ich hieß die Beamten alle Akten und Bücher aus dem Gericht heraustragen und auf dem großen Platz zwischen dem Gerichtsgebäude und der Schule aufstapeln.

Der Oberamtsrichter hielt meine Anordnung für einen schlechten Witz. Als er merkte, daß es mir ernst war, verlegte er sich aufs Bitten und sagte unter Tränen, sein ganzes Leben hänge doch an dieser Arbeit und an diesen Papieren. Er sei aufgewachsen in diesen Anschauungen, und ich solle doch versuchen, mich in seine Lage zu versetzen. Ich erwiderte, ich könne auf seine Gefühle keine Rücksicht nehmen, hier handle es sich um größere Dinge als persönliche Empfindungen. Mein Vorgehen sei nur ein winziges Glied in der Kette des großen Befreiungskampfes der Werktätigen.

Es blieb ihm nichts übrig, als die Akten mit hinauszuschaffen. Stundenlang arbeiteten die Richter und die unteren Beamten an der Errichtung eines riesigen Akten- und Bücherhaufens, während ich die Aufsicht führte. Als das letzte Aktenbündel und das letzte Buch - mit Ausnahme der Mündelakten - die staubigen Regale verlassen hatte, gab ich den zwei Amtsrichtern und einem Referendar je eine Schachtel Streichhölzer, eine vierte nahm ich, und auf meinen Befehl wurde der riesige Aktenberg zu gleicher Zeit an vier Ecken angezündet. Das Feuer brannte ununterbrochen drei Tage und drei Nächte.

Ich war mir bewußt, daß es eine historische Pflicht der Revolution ist, diese Aufräumungsarbeiten allerorts zu vollbringen. Denn in diesen Tausenden von Paragraphen und Gesetzen drükken sich ja jene kapitalistischen Eigentumsverhältnisse aus, die es der kleinen herrschenden Klasse erlauben, von der Ausbeutung der breiten Massen zu leben. Die Revolution muß schon bei ihren ersten Schritten die »Gesetzestafeln« der alten Ordnung zerstören. Die große, allgemeine Umwälzung ist gewiß kein einmaliger Vorgang, sondern ein langwieriger Prozeß, in dem solche einzelnen Aktionen zur Störung der bürgerlichen Ordnung und ihres »Rechtes«, wie unsere Aktenverbrennung, symbolische Bedeutung haben.

Aktionstag

gegen das Treffen der DVU

in Passau am 2. Oktober 1993



Infotelefon: (0851) 36106
Di.: 17.00 bis 20.00 Uhr
Fr.: 16.00 bis 19.00 Uhr

Lokale Infos:
DESI 22. SEPT
20 UHR

Bundesweiter Aktionstag:
- Demo, Treffpunkt für Kundgebung 12.00 Uhr Europaplatz/Bahnhof
- nachmittags Vokü, Austellung
- abends Antifa-Konzert
- Infostände, Theater, Stadtführung ...

V.i.S.d.P.: I. Happel, Passauer Straße 17, 94315 Straubing

Kommt alle zur Demo gegen die alljährliche Großkundgebung der faschistischen DVU in Passau am 2. Oktober 1993

KEIN ruHIGES HINTERLAND

Wieder einmal trifft sich die faschistische DVU zu einer der größten Naziveranstaltungen Mitteleuropas in der Passauer Nibelungenhalle. Die DVU mobilisiert seit Jahren tausende von Alt- und Neonazis und deren SympathisantInnen aus dem kompletten rechten Lager erfolgreich aus dem gesamten Bundesgebiet, Österreich, Südtirol usw. Die Zahl der militanten FaschistInnen, die die Veranstaltung der DVU besuchten, nahm in den letzten Jahren zu. Jedoch distanzierte sich die DVU aus taktischen Gründen schon im Vorfeld ihres Bundesparteitages am 14.8.93 in München von den militanten FaschistInnen. Trotz ihrer "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" (Orginalton der DVU) ändert sich an ihrem rechtsradikalen Publikum und Konzept nichts. Außerungen wie "Wir wehren uns dagegen, das Deutschland zum Sozialamt der Welt wird", "Deutschland den Deutschen" oder "Scheinasylanten raus" verdeutlichen ihre faschistische Politik. Der DVU gelang es in diesem Jahr, die Halle am 2.Oktober zu mieten, was hervorragend zu ihrer Selbstdarstellung zu dem "Tag der deutschen Einheit" (3.Oktober) paßt. Diese Feier bietet den rechten Parteien und somit auch der DVU, ihr nationalsozialistisches Gedankengut von "Großdeutschland" in der breiten Bevölkerung zu propagieren. Außerdem ist die Veranstaltung in Verbindung mit dem Wahljahr 1994 zu betrachten, bei denen die DVU ihre Erfolge in Bremen 91 und in Schleswig-Holstein 92 fortzusetzen versuchen wird.

WAS WAR LETZTES JAHR

Zur letztjährigen Veranstaltung wurde von antifaschistischer Seite bundesweit zu einer Blockade der Nibelungenhalle mobilisiert und zu einer Demonstration aufgerufen. Auf Grund des brutalen Bulleneinsatzes und der fehlenden Koordination zwischen den verschiedenen Aktionsgruppen schlug der Blockadeversuch fehl, und es kam zu mehreren Festnahmen. Dennoch konnte mit zahlreich erschienen AntifaschistInnen eine spontane Demonstration stattfinden, durch die kurzzeitig einige Hauptzufahrtsstraßen gesperrt wurden. Dadurch konnte die Anfahrt einiger DVU-Busse und PKW's zur Nibelungenhalle behindert werden. Desweiteren war es möglich, den DVU-BesucherInnen, trotz des massiven Bullenaufgebots, im Laufe des Tages teilweise enorme Schäden zuzufügen.
Durch das massenhafte Auftreten von Fantifas und Antifas im letzten Jahr wurde die Öffentlichkeit bundesweit auf das jährliche Treffen der DVU aufmerksam gemacht.

UND DIESES JAHR

Auch dieses Jahr wollen wir bundesweit eine große Anzahl von AntifaschistInnen ins "ruhige Hinterland" mobilisieren, um die Wirkung des letzten Jahres nicht verpuffen zu lassen.
Nachdem Blockadeversuche die Veranstaltung in der Vergangenheit nicht undurchführbar gemacht haben, ist für den 2.10.93 ein Aktionstag geplant, der von mehreren antifaschistischen und bürgerlichen Gruppen getragen wird. Die Aktionen finden im gesamten Stadtgebiet verstreut statt, womit sowohl DVU-BesucherInnen als auch BürgerInnen mit unserem Protest den ganzen Tag über konfrontiert werden sollen. Die Palette reicht von Infoständen, Vorträgen und Ausstellungen über Konzerte, Filme und Theateraufführungen bis hin zu Mahnwachen und antifaschistischen Stadtführungen und noch vieles, vieles mehr ...!
Am Nachmittag findet eine Gegendemonstration statt, die von einem breiten Bündnis getragen wird.

ZU DEN DETAILS: 2.OKTOBER 1993 IN PASSAU

Die DVU beginnt mit dem Einlaß meistens zwischen 10 und 11 Uhr. Ab 12.30 Uhr hetzen Frey und andere Faschos in der Halle. Nach dem Absingen der Nationalhymne, in allen drei Strophen, verlassen danach die meisten Faschos dann auch zwischen 16 und 17 Uhr die Nibelungenhalle.

AM MITTWOCH DEN 22.SEPT.93 FINDET EINE INFOVERANSTALTUNG ZUM AKTIONSTAG/ DEMO VON DEN MUFLONS IN NÜRNBERG STATT. DORT KÖNNT IHR HINTERGRUNDINFOS ÜBER DIE DVU UND DIE GEPLANTEN GEGENVERANSTALTUNGEN BEKOMMEN. ALSO BIS DANN. EURE:



Kulturfähigkeit und Kulturbetrieb

Es geht hier in erster Linie um Werte und Verhaltensweisen, wenn wir Autonome wünschen, linksradikale Inhalte mögen kulturfähig werden. Transportmittel dieser Inhalte werden Projekte oder Veranstaltungen sein, die sich von den Vorstellungen und Mechanismen des bestehenden, offiziellen Kulturbetriebes absetzen.

■ Einige Einfälle zum etablierten Kulturbetrieb der BRD

Zunächst bilden Theater, Film und Fernsehen, Musikbranche, Literaturmarkt und Presse einen wichtigen wirtschaftlichen und unschätzbaren ideologischen Faktor; Medien übernehmen immer größere Anteile an der Erziehung eines Kindes und stabilisieren Verhaltensweisen und Umgangsformen des Erwachsenen. Dazu gehört auch das Zur-Schau-Stellen der Abweichung, das Konsumieren der Exotik und des Fremden. Diese Unüberschaubarkeit und Informationsüberfülle lassen viele Menschen am bewährten, am Vorurteil und anerzogenem festhalten. Medienerlebnisse und seriell produzierte Simulationen ersetzen eine verschwindene Öffentlichkeit. Bis auf die Urlaubsreise bilden Fernsehen, Video, Spielautomaten und Computer eine Anschauung der Welt draußen, die tatsächliche Erfahrungen ersetzt. Diese Entwicklung trifft hauptsächlich die unteren Schichten, die sich modische Live-Ereignisse, wie z.B. Individualreisen, Theater, Workshops aller Art und ein Haus im Grünen nicht leisten können.



„Drei deutsche Maler" – Holzschnitt 1991

Neben dieser Produktion eines Weltbildes für Millionen von Isolierten und arbeits- wie wohnungsmarktwirtschaftlich „Flexibilisierten", hat der Kulturbetrieb wichtige politische Funktionen: Durch die Trennnung von Arbeit und Kultur, wird Kultur zum Luxusgut, das sich durch künstlerische Qualität und millionenschwere Geschäfte auszeichnet, statt Arbeitswelten und Verhältnisse im Alltag zu „kultivieren", d.h. Unterdrückung und Diskriminierung anzugreifen. Kultur wird zum Exportschlager, sie ist der Überlegenheitsbeweis westlicher Zivilisation gegenüber den militärisch und wirtschaftlich beherrschten Völkern des Südens und Ostens. Die moderne westliche Gesellschaft gibt sich kosmopolitan, pluralistisch und multikulturell. Sie kann sich KünstlerInnen, KritikerInnen und Subkulturen leisten und ausstellen. Ein ständiges Feuerwerk neuer Trends, Moden und Kunststile wird abgebrannt, überschüssiges Kapital kann hier geparkt werden, die Unterdrückungsmechanismen des Alltags werden damit übertüncht.

Umgangssprachlich verbinden wir mit Kultur eher materielle Erzeugnisse statt Verhalten und Kommunikation. Auf dem Kunstmarkt werden „Spitzenprodukte" gefeiert, deren Wert und Geschmack nicht mehr erkennbar sind, da die vermittelbare handwerkliche Leistung abnimmt und interpretierbarkeit, Symbolgehalt und Konzeption beliebige Maßstäbe geworden sind. Dahinter verbirgt sich mühsam die Tatsache, daß alles zu Kunst erklärt werden kann, was von VerkäuferIn und KäuferIn verabredet wird. Die Ablehnung und Herabsetzung der Kunst und Kultur „primitiver" Gesellschaften in Süd und Ost, wie sie zur Kolonialzeit üblich war, ist heute subtileren Vorgängen gewichen: Offiziell weltoffen, ignoriert der westliche Kulturbetrieb die außereuropäischen Kulturen als lebensfähige, selbständige Systeme und entwickelte stattdessen ein erdrückendes Interesse für sie: Die Kulturen der Natives Amerikas bis die der pazifischen Insulaner sind zu Selbstbedienungsläden verkommen, in denen sich Touristen „Entdecker", selbsternannte Völkerfreunde und New-Age-Idioten schadlos halten. Diese Kulturen werden konsumiert und verhackstückt für die unendliche Produktion von Bildern und Wünschen der Metropolen-Menschen.

Kunst – das Ende der Kunst – Kunst

Das Wort Kunst ist weiterhin von bürgerlichen Inhalten und Funktionen geprägt: Handwerkliche Luxusgüter zum Schmuck der Reichen und Repräsentation von Wirtschaft und Staat, KünstlerInnen als menschenfeindliche EinzelgängerInnen, Bohèmiens, elitäre Asoziale, den Reichen ständig eilfertig ergeben, wenn es um Aufträge und Anerkennung geht, weltfremde Spinner und der ewige rationale Vorwurf von Überflüssigkeit und Verschwendung. Früher gab es die Auftragskunst der Fürsten und Diktatoren, entwickelte sich eine größere Bandbreite der Kunst, als der Kapitalismus die Notwendigkeit privater Repräsentation mit sich brachte. Da der Bedarf auf dem freien Markt ständig wechselte, entstand Ende des neunzehnten Jahrhunderts unserer Zeitrechnung ein Überhang an KünstlerInnen, die sogenannte Bohème. Im Lauf der Moderne verselbständigte sich der Kunstmarkt zu einem der unberechenbarsten Märkte, an denen Sammler, höhere Töchter und Söhne gelangweilter Bonzen ihr überschüssiges Geld spielen ließen. Bis zur heutigen Zeit, wo alles zu Kunst wird, sobald es eine spektakuläre preisliche Einordnung erfährt. Nach und nach verschwinden auch die Unterschiede zwischen wertvoller „Hochkunst", wie zum Beispiel Gemälde und Massenkultur, wie beispielsweise Werbung. Kunst und KünstlerInnen werden von Konzernen gekauft und gefördert. Die Werbung und das Gebrauchsdesign werden hingegen „kunstvoller", sie erzählen kleine Geschichten, wecken auf ausgefallene Weise Träume und Wünsche, geben sich sogar kritisch und frei wie in der Anti-Werbung, oder provozieren optisch, scheinbar ohne Produktwerbung. Spielfilm und Werbespot werden sich immer ähnlicher, die ultimativen Warenverhältnisse machen die Freiheit der Kunst zur Freiheit der Werbung. Eine Bilderflut stürzt auf uns ein, alles ist furchtbar bunt.

„In der Welt von heute ist jede Kultur, jede Literatur, jede Kunst einer bestimmten Klasse zugehörig, einer politischen Linie verpflichtet. Eine Kunst um der Kunst willen, eine über den Klassen stehende Kunst, eine Kunst, die parallel mit der Politik liefe oder unabhängig von dieser wäre, gibt es in Wirklichkeit nicht."

(Mao-Tse-Tung)

Unser Kunstbegriff gründet sich nicht ausschließlich auf perfektionistische Qualität oder Anerkennung durch bezahlte KritikerInnen oder durch preisliche Einstufungen auf dem Markt, sondern auf den Prozeß des Schaffens, auf die Motivation, auf den Austausch der Arbeitenden und die an Ausdruck und Verwendung gebundene Wirkung revolutionärer Inhalte. Etwas für schön, häßlich, reizvoll zu halten ist immer eine individuelle Angelegenheit, die von herrschenden Schönheitsidealen vorgeprägt ist. Inhalte, Ausdruckswünsche und Ausdrucksformen verbinden uns. Revolutionäre Kunst unterscheidet sich vor allem durch die Gespräche und Gedanken, die bei Projekten stattfinden und die politischen Inhalte von individueller bürgerlicher Kunst. Deshalb geht es auch in Zukunft darum, Projekte zu entwickeln, wo interessierte Leute durch Inhalte und praktische Arbeit in Diskussionen mit uns kommen und aus direkter Anschauung erfahren, was *„kollektiv und autonom"* überhaupt bedeuten. Wenn wir uns die Ergebnisse unserer Kunst ansehen, wie zum Beispiel Wandmalereien, Plakate, Demotransparente, ist es oft nicht gerade eine Augenweide, steht aber durch seine liebenswerte Unbeholfenheit im Kontrast zu perfekten Werbeflächen und anderen Zeichen des Systems. Die sichtbar handgemachten Bilder und Buchstaben drücken auch formal den Gegensatz aus, in dem wir uns zu den herrschenden Werten einer wahnsinnigen Rationalität befinden. Wenn wir offene Kunstprojekte anleiern wollen, geht es natürlich nicht um „individuelle Kreativitätsentwicklung" im Sinne therapeutischer Wiederherstellung, diese Bedürfnisse kaputter Yuppies und gestreßter Sozialpädagogen werden hinreichend von etlichen Töpfern-in-der-Toskana-Dienstleistungsunternehmern der taz-Kleinanzeigenseite befriedigt. Wenn wir zum Beispiel ein Graffiti-Projekt mit Jugendlichen machen wollen, geben politischer Inhalt und provokative Wahl des Ortes der Sache die richtige Würze. Wichtig wäre überhaupt, unsere kulturelle Bandbreite erstmal zu erweitern. Es gibt sicher in etlichen Kulturbranchen Leute, die mit uns zusammenarbeiten, gemeinsame Veranstaltungen aufzögen oder Soli-Konzerte für dies und das gäben. Dabei dürfen wir natürlich nicht in Abhängigkeiten zu etablierten Institutionen geraten und müssen versuchen, auch finanziell autonom zu bleiben. Ein Klassik-Soli-Konzert für revolutionäre Gefangene oder Fahrten mit Schulklassen zu Stätten linker Geschichte hören sich in unserer Szene zwar abwegig an, wären aber lohnender als sich im Jugendzentrum X die dreihundertsechsundfünfzigste Hardcore-Band, meistens bestehend aus drei bis vier männlichen weißen Lederärschen im Edel-Gammel-Look, reinzuziehen.

Kellerkind Subkultur

Sie ist eine an Moderichtung oder Jugendszene gebundene Kultur, die eine identitätsstiftende und sektiererische Funktion hat. In der Ablehnung der mehrheitlichen Lebensweise steckt natürlich auch ein politisches Moment. Es wird aber in den meisten Subkulturen nicht weiterentwickelt, der Versuch zu neuen Umgangsformen und Wertvorstellungen wird überlagert von Formalismen wie Mode, Musik und einer Sprache, die noch stärker verarmt, statt Neues auszudrücken versucht. Das macht es der Gesellschaft leicht, Subkulturen zu integrieren oder gewähren zu

lassen, weil von ihnen keine Gefahren ausgehen. Der offizielle Kulturbetrieb steht Subkulturen zwar befremdet bis ablehnend gegenüber, betrachtet sie aber als Reservoir, aus dem überraschend neue Talente und lukrative Trends auftauchen. Es wird zwar meist negativ über Konzerte



usw. berichtet, aber immer mit dem Hinweis zwischen den Zeilen, daß dies der Beweis für die Freiheitlichkeit der westlich-marktwirtschaftlichen Gesellschaft sei, in der alle ihre Wünsche ausleben könnten und Toleranz notwendig sei. Viele Subkulturen verloren ihre Inhalte von Revolte und werden als skurrile Moden kommerzialisiert. Zum Beispiel entstand eine Nachfrage nach Punk-Musik und entsprechenden Accessoires, die befriedigt werden konnte. Musik und Kleidung symbolisieren fortan den Wunsch nach Ausbruch aus den Verhältnissen und ersetzen konkrete Handlungen; ein Zeichen dafür, wie sich formale Subkultur und bestehende Gesellschaft bestens arrangieren. Die Leute gehen zur Schule, Universität, Arbeit, ordnen sich aber einer Stil- beziehungsweise Musikrichtung zu, die ihren Wunsch nach Revolte Ausdruck verleiht und zum Teil befriedigt. Sie halten Arbeit und Alltag besser aus, weil sie am Wochenende bei Konzerten abrasten können und ihre Kleidung einen wohltuenden Abstand zu den angepaßten Normalos vortäuscht. Insofern wirkt Subkultur systemstabilisierend. Diese Tendenzen zum Doppelleben rütteln nicht an der Unterdrückung im Alltag, sie weichen ihnen aus und lassen wenige Spuren in Denkweise und Verhalten zurück, so daß nach der wilden Zeit der Jugend viele doch noch zu resignierten oder gar reaktionären NormalbürgerInnen werden. Trotzdem ist bei vielen Jugendlichen die Zuordnung zu einer Subkultur der erste Schritt zur Revolte. Die gefärbten Haare, die verbotenen Drogen, der Verstoß gegen die Kleiderordnung, die Randale nach Konzert oder Fußball führen zu eben den Überreaktionen der Gesellschaft, mit denen kokettiert wird und die zur Festigung der eigenen Identität dienen. Dadurch werden Inhalt und Form anderer Lebensweise leicht verwechselbar. Radikalität und Kompromißlosigkeit werden an Kleidung, Frisur und Plattensammlung gemessen und das provokante äußerliche Auftreten mit den lästigen aber gewünschten Reibereien im Alltag verhindern eine genaue Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten. Die sich von besetzten und ehemals besetzten Häusern seit den frühen achtzigern entwickelte autonome Subkultur durchzieht ein Widerspruch zwischen dem politischen Anspruch, Sammlungs- und Begegnungsort derer zu sein, die gegen Herrschaft und Unmenschlichkeit opponieren und einen Ort suchen, wo andere Verhaltensweisen erprobt werden und dem Bedürfnis vieler Leute, sich abzugrenzen und sich eine Art Heimat zu schaffen und zu erhalten, die sie durch strenge Kleiderordnung und arrogantes Auftreten vor anderen abstecken. Da wir innerhalb der Gesellschaft in geduldeten, weil harmlosen Nischen leben, ist es sehr schwer, konsequent neue Wertvorstellungen und Verhaltensweisen zu leben. In unseren Diskussionen Entscheidungen bei Projekten, öffentlichem Auftreten bei Demos, Straßenfesten, in der Ablehnung sexistischen Verhaltens und der Absage an vermarktbare Arbeitsleistung, kommen Ansätze zum Vorschein. Da abweichendes Verhalten zu ständigen Konflikten mit der Gesellschaft führt, sind Rückzüge in die eigene Szene einerseits bequem, andererseits überlebensnotwendig, um nachzudenken und zu reden, statt sich ständig behaupten zu müssen. Trotzdem ist es schlecht, wenn sich Leute nur noch in der Szene bewegen, wie es in einigen Großstädten möglich ist: Zwischen den Stationen Wohngemeinschaft, Szenekneipe, Konzert, Imbiß, Plenum fällt allenfalls das Arbeitsamt mal aus der Reihe. Diese Subkultur, deren Basis vor etwa zehn Jahren erkämpft wurde, hat inzwischen in der Gesellschaft einen festen Platz, ihre Inhalte sind längst nicht mehr so subversiv, wie wir glauben, da sie immer an äußere Erscheinungsformen und Klischees der Medien gebunden sind, so zum Beispiel das ranzige Aussehen, die Haßkappen, die Punk-Mono-Kultur, und damit den Szenerand nicht überschreiten.

Politische Lebenslügen

Die meisten von uns haben auch gar keine missionarischen Ambitionen. Der Bruch mit der Gesellschaft, den viele vollzogen haben und ein Anarchismus, der nichts weiter ist als übertriebener bürgerlicher Individualismus, haben sich innerhalb der linken Szene fortgesetzt: Cliquen, Fraktiönchen und Gruppen spalten sich immer weiter und beäugen sich argwöhnisch. Probleme werden gezüchtet, Persönliches politisch aufgeschäumt und Abgrenzungsvorwände gesucht, lächerliche Kleiderordnungen entworfen und ein angestrengt origineller Szeneslang parliert. Viele von uns bestechen zudem durch eine unerträgliche Arroganz und ein bemühtes Under-Dog-Image. Viele sind froh, als abgesprengte Mittelstandswürstchen wieder eine eine identitätsstiftende Exklusivität gefunden zu haben, in der sie als VIP's der Szene ihre gelangweilt-amüsierten Masken ausstellen und sind zufrieden. Die Szene bietet die Spielwiese für eine verlängerte Jugend ohne Verpflichtungen und Verantwortlichkeit. Mit Ende zwanzig ist meist die Luft raus, denn wie in der Gesellschaft ist auch hier Jugend ein Fetisch. Auch sehen viele engagierte Ältere in der Subjektivität und der Unverbindlichkeit des Kampfes, in dem sich alle Fehler, Phasen, Diskussionen periodisch zu wiederholen scheinen keine Perspektiven mehr und steigen aus, ohne ihre Erfahrungen weitergeben zu können.

Ein anderer Mangel ist die Verdrängung unserer deutschen Identität, was uns seit Maueröffnung auf die Füße fällt. Viele Widerstandsbewegungen beziehen sich auf eine ursprüngliche nationale Kultur, die im Gegensatz steht zu aufgezwungenen, imperialistischen Systemen, so zum Beispiel viele antikoloniale Bewegungen im Trikont, die wir unterstützen. Die Verhältnisse hier sind natürlich damit nicht vergleichbar. Das nationale Thema in Deutschland ist von Rechten abboniert und beschert ihnen zur Zeit einen epidemisch anwachsenden Zulauf. Eine genaue Beschäftigung mit deutscher Geschichte wäre für uns notwendig, um sich Vorbilder und Traditionen revolutionärer Bestrebungen hierzulande zu schaffen. Selbst Wesen und Geschichte der DDR sind für viele von uns unbekannt. Sicher hätte kaum jemand von uns drüben leben wollen und die Welle spießbürgerdeutscher Dumpfheit und Brutalität seit der Maueröffnung produzierte erstmal Brechreiz, statt Neugierde auf „reale Sozialisten". Trotzdem kann die Auseinandersetzung mit der untergegangenen DDR-Kultur und ihren Resten zu interessanten und teilweise nachahmbaren Entdekkungen führen. Viele Einstellungen und Verhaltensweisen ergaben sich bisher aus der Flucht vor deutscher Identität und Verhältnissen: So ein oberflächlicher Internationalismus, indem wir revolutionäres aus aller Welt zusammenklauben, in Filmabenden und Veranstaltungen den Nationalismus und Militarismus dieser Bewegungen bewundern und loben, den wir zuhause vehement ablehnen. Je weiter weg sich ein Befreiungskampf abspielt, desto sicherer scheint ihm unsere Zustimmung. Patriarchale Strukturen, Märtyrerallüren und Drogenhandel bleiben dann oft unscharf. Mit diesen Menschen, die ihre Kämpfe unter gänzlich anderen Bedingungen führen, verbinden uns bisher leider nur ähnliche Parolen. Manche brauchen die Solidaritätsarbeit zur Aufbesserung ihres revolutionären Selbstbildes, das sich mit dem Status als Profiteure der Weltwirtschaftsordnung nicht verträgt. Dann dieser ständige Fluchtreflex in Form unmäßiger Urlaubsreisen, begleitet vom chronischen Geleier über die ätzende deutsche Mentalität im Gegensatz zur Freundlichkeit, Lockerheit, Natürlichkeit irgendwelcher Beeisten. Warum dann nicht endlich auswandern?

Welchen Status haben wir in der Gesellschaft?

Wir sind keine homogene unterdrückte Minderheit, sondern stammen aus den verschiedensten Klassen und Gegenden, die meisten kommen aus den Mittelschichten. Wir solidarisieren uns weltweit mit Minderheiten, die sozial und/oder rassistisch unterdrückt werden und die eine Gemeinschaft oder Kultur haben, die sich von der herrschenden absetzt. Der Unterschied zu ihnen besteht darin, daß wir aus verschiedensten Gründen aus der normalen Gesellschaften aussteigen und uns im Bemühen nach Widerstand treffen, während sich anderswo Widerstand aus der gemeinsam erfahrenen Unterdrückung einer Klasse, eines Stadtviertels, einer ethnischen Minderheit etcetera entwickelt. Soviel zur Schwierigkeit, etwas gemeinsames Positives aufzubauen, da wir die verschiedensten Hintergründe haben, ist der kleinst gemeinsame Nenner der Widerstand gegen das Schweineprojekt XY, der sich dann irgendwann erschöpft hat. Wir müssen uns überlegen, wie wir diese wechselnden, jeweils aktuellen Widerstandskoalitionen in eine beständige antifaschistisch geprägte Kultur verwandeln. Die bisherige Appellpolitik, die sich an aktuellen, empörenden Ereignissen entzündet und im Namen von Moral und Menschlichkeit, Protest einfordert, stößt durch die Vielzahl der politischen Schweinereien und durch die verdaulich dosierten medienwirksam dokumentierten Katastrophen an ihre Grenzen. In der mangelnden Kontinuität und Verbindlichkeit wirkt auch die „Liberalität" des Systems: Es ist zur Zeit noch möglich, Aussteigertum und Radikalität durch Auftreten und Aussehen auszudrücken, ohne gleich große Gefahren und Konsequenzen zu riskieren, so verschwimmt im eigenen Kopf die Entscheidung zum Widerstand und wird leicht durch Lust und Laune revidierbar.

Der Beginn einer antifaschistischen Kultur kann der Aufbau kontinuierlicher Projekte sein, deren Kultur vor allem darin besteht, das Zusammenkommen von Leuten und den Austausch von Gedanken zu fördern, statt leicht konsumierbare Darbietungen zu liefern. Es wäre ratsam, unsere künstlerische Vielfalt zu entdecken und verschiedenste Leute aus Kleinkunst, Musik und Literatur etcetera anzusprechen, ob sie Projekten mit politischen Inhalten unterstützen. Wir sollten uns dabei auch nicht scheuen, äußerlich „bürgerliche Domänen" anzugehen, denn überall verteilt sitzen noch Leute, die mit unseren Ideen zumindest sympathisieren, aber bisher durch unsere Art und Weise, Widerstand zu leben, eher abgeschreckt wurden. Der Aufbau kultureller Initiativen, Vereine und so weiter muß organisatorisch und finanziell eigenständig verlaufen, da bei Abhängigkeit von etablierten Institutionen oder Personen unsere radikalen Inhalte baden gehen. Ein mehr oder weniger kooperierendes Netzwerk solcher Initiativen wäre erstrebenswert und würde gegenseitige finanzielle Unterstützung sowie „Tourneen" von KünstlerInnen oder Veranstaltungen ermöglichen. Dies sind natürlich erstmal weite Ausblicke. Trotzdem ist es an der Zeit...

Oh glücklich, wer noch hoffen kann
aus diesem Meer des Irrtums aufzutauchen
was man nicht weiß, das eben brauchte man
und was man weiß, kann man nicht brauchen

(Faust)



Holzschnitt, 1992

ANZEIGE

Berlin

Klaus Kordon schildert in seiner Trilogie den Kampf der Berliner Arbeiterfamilie Gebhardt gegen das Sterben und für mehr Gerechtigkeit, gegen den Hunger und für ein besseres Leben. Es ist Geschichte aus der Sicht derjenigen, die unter den jeweiligen Verhältnissen am meisten zu leiden hatten. Beschrieben werden dabei die Wendepunkte der deutschen Geschichte in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts.



1918

November 1918. Nach vier Jahren Weltkrieg mit Sterben an der Front sowie Hunger und Not in der Heimat verweigern die Matrosen der kaiserlichen Marine den Befehl zum Auslaufen und marschieren nach Berlin. Die beiden Jungen Fritz und Helle freunden sich mit ihnen an, erleben die Revolution mit, den Sieg, die Niederlage.



1933

Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit haben in Berlin 1932/33 ihren Höhepunkt erreicht. Die Weimarer Republik geht ihrem Ende entgegen und die Nationalsozialisten übernehmen die Macht. In dieser Zeit erlebt der 15jährige Hans, der jüngere Bruder von Helle, die politischen Auseinandersetzungen, die sich auch in der Familie Gebhardt fortsetzen.



1945

Bombenalarm, Tag und Nacht. Im Frühjahr 1945 kommen die Berliner kaum aus ihren Luftschutzkellern heraus. Die Nazi-Führung gibt Durchhalteparolen aus, und auch das Haus Ackerstraße 37, in dem die Gebhardts leben, wird erbittert verteidigt. Dann ist der Krieg zu Ende, und die 12jährige Anne erlebt, wie die sowjetische Armee die Stadt besetzt.

★ FIGHT BACK ★

Antifaschistisches Jugendinfo Berlin

Nr. 1 9/93 Preis: 50 Pf. (an SchülerInnen kostenlos)

Postanschrift: Fight Back, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Eine Einführung in die Geschichte der Rote Armee Fraktion (RAF) 1970-1993 Kleine Broschüre mit 36 Seiten im Format A5, für 2 DM (plus Porto?) zu beziehen über: SKI, Postfach 1673, 29206 Celle.







Feb 92 Aug 92 Feb 93

Termine:

Do 16.9.:	20.00 Uhr	Infoveranstalung zu: "PVC - ein brisanter Kunststoff" im El Locco
	19.30 Uhr	Trffen für eine antirassistische Demo am 3. 10. im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, Raum 205
	21.00 Uhr	Infoveranstaltung zur drohenden Räumung der besetzten Wohlgrothfabrik in Zürich (mit Video) in der Köpi 137
Fr 17.9.	19.00 Uhr	selbe Veranstaltung zu Zürich im Videokino Anschlag, Kreuziger Str.
	20.00 Uhr	Eine Nachbetrachrung zu den Libertären Tagen mit Video, Dias und Diskussion im El Locco
Sa 18.9	13.00 Uhr	Olympia - und Tschüs ... Demo ab Rotes Rathaus
	21.00 Uhr	wieder Veranstaltung zu Zürich, diesmal im Rat Pub, Kastanienallee 86/87.
Di 21.9.	20.00 Uhr	im El Locco Videodoku zu Klaus-Jürgen Rattay 1981
Mi 22.9.	20.00 Uhr	im Infoladen Baobab Winsstr. 53; "Sag niemals ie" Mainzer Strassen Video
Sa 25.9.	10.00 Uhr	in Stuttgart, Schloßplatz, Demonstration; "Freiheit für die politischen Gefangenen.

AntifaCaféWedding

in der Putte, Osloerstr. 12, 2.HH, 2.Etage
(S-Bhf Bornholmerstr./ U-Bhf Osloerstr.+ Pankstr./ Bus 126, 227, 228)

19. September
Infoveranstaltung:
"Alter Antisemitismus - Neuer Rassismus"
Zur Ideologie der Neuen Rechten
(Referent: FU-Prof. Dr. W. Wippermann)
Anschließend Diskussion



"Die alte Rechte ist tot. Sie hat es wohl verdient" sagt Fabrice Laroche (alias Alain de Benoist), Chefideologe der 'Neuen Rechten'.
Wer sind diese Neuen Rechten und was ist ihre Ideologie? Zu dieser Frage referiert

Prof. Dr. Wolfgang Wippermann:

"Französische und englische Wissenschaftler wie Etienne Balibar, Stuart Hall, Robert Miles, Pierre Andre Tauieff u.a. haben in jüngster Zeit auf die Existenz eines sog. "neuen Rassismus" hingewiesen: Vertreter der sog. Neuen Rechten meinen, daß sich die einzelnen Völker nicht mehr in biologischer, sondern 'nur' in kultureller Hinsicht unterscheiden. An die Stelle des bisherigen biologistischen Rassismus sei die These von der notwendigen und bewahrenswerten "kulturellen Differenz" getreten.
Im Vortrag soll
1. nachgewiesen werden, daß diese These von der "kulturellen Differenz" (die im übrigen auch von den Vertretern des Multikulturalismus vertreten wird), als rassistisch einzustufen ist.
2. wird gezeigt, dßa in Deutschland der 'klassische' biologistische keineswegs durch den kulturellen Rassismus verdrängt wurden, was
3. an der Renaissance des Nationalismus liegt. Da der deutsche Nationalismus von aqnfang an rassistisch geprägt war, wird es
4. auch zu einem Ansteigen des Antisemitismus kommen, der deshalb nicht, wie viele schon voreilig meinten als alt und veraltet einzustufen ist.
Kurz: Die Reinaissance des (deutschen) Nationalismus ist die Rückkehr zur "verspäteten Nation". Der "deutsche Sonderweg" beginnt von neuem."

Wolfgang Wippermann
ist apl. Professor für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichte der FU. Er hat sich in Forschung und Lehre schwerpunktmäßig mit Faschismus und Rassismus beschäftigt und darüber verschiedene Bücher publiziert.
Zuletzt: Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, 5. völlig neu bearbeitete Auflage, Darmstadt 1989
zusammen mit Michael Burleigh: The Racial State. Germany 1933-1945, Cambridge 2. Aufl. 1992

Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat ab 17 Uhr
Infoveranstaltungen, Filme, Café, Büchertisch, aktuelle Infos,...



• Für die Besuchskoordination und alle Komplikationen (Zensur usw.) bei Birgit Hogefeld ist eine *Koordinierungsstelle* eingerichtet worden. Teilt uns bitte mit, wenn Ihr Anträge stellt, Sachen von Euch nicht durchgehen usw., damit jemand einen Überblick hat — auch mit Blick auf den Prozeß.
Infoladen Wiesbaden, c/o Birgit, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, Tel.: (0611) 440664.

Es gibt jetzt ein *Spendenkonto* für Birgit Hogefeld. Sie braucht dringend Geld für die Anwaltsbesuche, Sachen, die sie im Knast braucht, Zeitungsabos usw.
Nassauische Sparkasse (NASPA), BLZ 510 500 15, Kt.-Nr. 121 040077, Ruth Limbach / Spendenkonto Birgit.

Antifaschistisches Solikonzert

Am Rande des Wahnsinns

Antifaschistische Aktion

Sick of it all
(New York)

Slapshot
(Boston)

Fleischmann
(Berlin)

17.9.

19 Uhr

Hardenbergstr.

Alte TU-Mensa

Zusammen gehört uns die Zukunft!

V.i.S.d.P.: H. Müller, Hildburghauser Straße, 12207 Berlin